



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 35, Februar 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

=====



09:41 08.02.2016(aktualisiert 10:02 08.02.2016)

Uli Gellermann

«Assad und Russland töten Zivilisten!» röhrt der US-Aussenminister John Kerry in die Weltöffentlichkeit, und der Chor westlicher Epigonen stöhnt auf vor Lust am Echo: Jetzt habe aber die «russische Luftwaffe viele Menschen in die Flucht getrieben», referiert die ARD untertänigst.

Der SPIEGEL variiert kaum: «Russland bombt Assad-Milizen den Weg frei.» Und die völlig unabhängige TAZ weiss genau: «Eine Offensive der Regierungstruppen und massive russische Luftangriffe bei Aleppo haben Zehntausende Menschen an die Grenze zur Türkei getrieben.» Noch im Knien serviert der TAZ-Redakteur das Betthupferl für den Gewohnheitsatlantiker: «Das Weisse Haus zeigte sich tief besorgt.»

Nach mehr als vier Jahren Krieg, nach mehr als vier Millionen Flüchtlingen, weiss der Westen wer Schuld hat: Der Russe. Zwar haben die russischen Streitkräfte erst vor ein paar Monaten



in den Krieg eingegriffen. Aber das hindert Kriegs-Tobsüchtige wie Norbert Röttgen nicht daran, jetzt plötzlich von «brutalem Zynismus» zu sprechen. Und auch der Biedermann Steinmeier meldet mit Unschuldsmiene, die Russen seien schuld an der Vertagung der Friedensgespräche.

Als die USA im August 2013 ihre irakische Giftgas-Nummer in Syrien erneut aufführen wollten, um einen Vorwand für Einsatz von Bodentruppen in Syrien zu schaffen, wurde im öffentlichen Deutschland kein Zynismus angemerkt. Als die «Stiftung Wissenschaft und Politik» – die Denkfabrik des deutschen Kanzleramtes – im Januar 2012 genehme Teile der syrischen Opposition zusammentrommelte, um die Zeit «nach Assad» zu organisieren, konnten die Steinmeiers keine Mitschuld am Krieg erkennen. Und genau so ist es auch mit den Bomben: Westliche Bomber bomben immer nur und ausschliesslich rund um die Dörfer und Stadtviertel. So jedenfalls will ausgerechnet die USA, die Horror-Mutter aller Kollateralschäden, einer verblüfften Welt weismachen. Und ihre Follower auf den deutschen Rängen können sich nicht einmal an die 50000 Libyen-Toten im Ergebnis des westlichen Regime-Change erinnern. Oder war der Russe auch dort?

Vergessen, verdrängt, verschwiegen: Der Syrienkrieg war kaum drei Monate alt, da meldeten im Juli 2012 der US-Fernsehsender CNN und die Nachrichtenagentur Reuters die Finanzierung der Rebellen mit rund 25 Millionen US-Dollar durch die USA. Ausserdem erlaube die Regierung die heimliche Unterstützung der Aufständischen durch den Geheimdienst CIA und durch andere Behörden. Kein Russe weit und breit. Schon im März 2012 sagte der «Legal Adviser» des amerikanischen Aussenministeriums Harold Koh auf der Jahrestagung der amerikanischen Völkerrechtler, man «helfe und applaudiere» der Arabischen Liga bei ihren «konstruktiven Schritten» im Syrien-Konflikt.

Der «konstruktive Schritt» der arabischen Liga, angeführt von den finsternen Saudis, bestand aus viel Waffen und viel Geld zum Anheizen des Krieges. Im März 2013 lieferte die «New York Times» unter der Überschrift «Waffenlieferungen an syrische Rebellen ausgedehnt – mit Hilfe der CIA» einen detaillierten Bericht. Er wies mehr als 160 Frachtflüge mit Kriegswaffen nach, die seit Anfang 2012 aus Saudi-Arabien, Katar und Jordanien regelmässig am türkischen Flughafen Esenboga entladen und von dort über die Grenze nach Syrien geschafft wurden – alle mit logistischer und vielfacher sonstiger Hilfe der CIA. Wo waren nur die Russen?

Selbst als in der Nacht vom 22. zum 23. September 2014 Kampfflugzeuge der Vereinigten Staaten zusammen mit Flugzeugen aus Golfstaaten Bomben-Angriffe auf syrischem Gebiet flogen, war noch kein Russe zu sehen. Nicht einmal als Israels Militär – laut einem 2015 vorgelegten Bericht der United Nations Disengagement Observer Force – syrische Aufständische unterstützte, waren die Russen dabei. Warum auch: Nicht sie, sondern die Israelis nutzten die Gelegenheit und begannen mit dem Bau von zusätzlichen Häusern auf den syrischen Golan-Höhen, um weitere Siedler auf dem besetzten Gebiet unterzubringen.

Auch als Ende Juli 2015 die türkische Luftwaffe Stellungen kurdischer PKK- und YPG-Truppen auf syrischem Gebiet zerbombte – jede Menge ziviler Operer inbegriffen – war von den Herren Steinmeier und Röttgen und den angeschlossenen Medien kein kritischer Ton zu hören. Warum? Weil kein Russe in der Nähe war. – Natürlich treffen auch russische Bomben nicht nur militärische Ziele. Aber erst seit die russischen Streitkräfte in Syrien mitmischen, gibt es überhaupt Verhandlungen der kämpfenden Parteien.

Unter dem Vorwand, man wolle die syrische Opposition unterstützen und die Diktatur beenden, hat der Westen im syrischen Krieg von Beginn an Massaker und zivile Tote ohne Zahl in Kauf genommen und mitverursacht. Wer entscheidet eigentlich, ob zuerst die saudische oder die syrische Diktatur beseitigt wird? Der Westen in seiner demokratischen Weisheit, der seine geostrategischen Interessen, seine Feindschaft mit dem Iran und seine Rohstoff-Begierden in den frommen Mantel der Demokratie hüllt, um noch mehr Tote und noch mehr Flüchtlinge zu erzeugen.

Lange Zeit schien es so, als wäre der Regime-Change in Syrien möglich. Ein Wechsel, wenn er denn gelänge, der fraglos jede Menge islamistischer Finsterlinge an die Macht gebracht hätte. Nun scheint sich das Blatt zu wenden. Jetzt schreit der Westen «haltet den russischen Dieb». So schreien jene Verbrecher, die auf dem Weg, sich Syrien unter den Nagel zu reissen, die Hölle eines internationalen Krieges entfesselt haben.

Quelle: rationalgalerie.de und <http://de.sputniknews.com/meinungen/20160208/307667320/massaker-flucht-syrien-westen.html>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G

Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKS LUPE
S&G

HAND-EXPRESS

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 6/16 ~

INTRO

Die Romane „1984“ des englischen Schriftstellers George Orwell sowie „Schöne neue Welt“ des britischen Schriftstellers Aldous Huxley, gehören zu den bekanntesten Zukunftsszenarien. Im Roman „Schöne neue Welt“ heißt eine durch die Unterhaltungs- und Konsumindustrie verführte Gesellschaft ihre Unterdrückung regelrecht willkommen. Die vergnügungssüchtige, durch Lügen und Illusionen abgelenkte Gesellschaft hat sich zunehmend entmachten lassen. George Orwell dagegen beschreibt in seinem Roman einen brutalen, diktatorischen Überwachungsstaat als Zukunftsvision. Der amerikanische Journalist und Buchautor Chris Hedges legte es wie folgt aus: „Jetzt wissen wir, dass Huxley nur die Vorstufe der Zustände anprangerte, die Orwell vorhersah. Huxley beschrieb den Prozess, der uns zu Komplizen unserer eigenen Versklavung machte. Orwell beschrieb den Endzustand unserer Versklavung.“ Die Strategien der „Neuen Weltordnung“ haben die Zeit, während die Völker durch Unterhaltung und Konsum abgelenkt waren geschickt dazu genutzt, die nächste Phase ihrer Strategie vorzubereiten. Durch Kriege, Flüchtlings- und Finanzkrisen sowie arrangierte Terroranschläge soll nun gezielt Chaos und Angst geschürt werden, um sich dann als „Retter“ zu inszenieren, damit sich die Völker freiwillig in deren „Neue Weltordnung“ einreihen lassen. [1]

Die Redaktion (and./dd.)

Die Flüchtlingspolitik und die „Doppelmühle“ der Globalstrategen

el/cs. Als 2015 der Flüchtlingsstrom nach Europa begann, sollten Flüchtlinge bedingungslos aufgenommen werden. In Deutschland etablierte sich eine Willkommenskultur. Doch schon bald kam Widerstand dagegen auf. Selbst Mainstream-Medien berichteten immer wieder über skandalöse Vorfälle mit Flüchtlingen. Teilweise wurde hierbei stark übertrieben und gezielt Angst und Hass geschürt. Kann es sein, dass diese gegensätzlichen Herangehensweisen dasselbe Ziel verfolgen? Die Bauherren der „Neuen Weltordnung“

verstehen es nämlich, 1. Missstände gezielt herbeizuführen, 2. Emotionen und Angst zu schüren und 3. diese für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Das Volk soll in unterschiedliche Lager gespalten und gegeneinander aufgehetzt werden. Wenn es dann aus seinem „Huxley“-Schlaf der „Schönen neuen Welt“ erwacht – Menschen demonstrieren, die Nerven verlieren und bürgerkriegsartige Zustände entstehen – dann kann die Diktatur „Orwells“ der „eisernen Faust“ endgültig etabliert werden. Diese Doppelstrategie der Globalstrategen er-

weist sich als ausgeklügelter Zug, wie die „Doppelmühle“ im Mühlespiel. Einerseits lockt die „Willkommenspolitik“ massenhaft Flüchtlinge ins Land und andererseits, wenn daraus folgende Missstände aufgedeckt werden, wird die nächste „Mühle“ geschlossen. Die Missstände werden instrumentalisiert, um die Bevölkerung zu spalten, aufzuheizen, in Angst zu versetzen und – zu guter Letzt – mit „eiserner Faust“ zu regieren. [2]

*Bei einer Doppelmühle kann bei jeder Runde ein Stein des Gegners genommen werden.

„Wer glaubt, dass die vielen Konflikte rund um die Welt nichts miteinander zu tun haben, hat nicht genau hingesehen. Die Frage ist nur: Wer ist das Ziel und wer hält die Fäden in der Hand?“
Gordon Duff, Publizist

Kriminelle werden unter dem Deckmantel „Flüchtling“ nach Europa verschoben

gl/mb. Im Zuge der anhaltenden Flüchtlingskrise stellt sich die Frage, ob wirklich alle Migranten vor Krieg und Verfolgung geflohen sind. Der Journalist Gerhard Wisnewski meinte dazu: „Afrika und andere Staaten ‚entsorgen‘ ihr Prekariat* und ihre Kriminellen in Deutschland und Europa.“ Ein Gefängnisinsasse ist teuer und in Afrika platzen die Zuchthäuser aus allen Nähten. Deshalb bietet die Flüchtlingswelle nach Europa die perfekte Chance für Regierungen, ihre Verbrecher loszuwerden“, so Wisnewski. Diese Darlegung

wird durch ein Schreiben des kongolesischen Diplomaten Serge Boret Bokwango untermauert: Er erlebe viele Afrikaner, die er in Italien sieht, als Müll und Abschaum Afrikas und empfinde auch Wut und Scham gegenüber der afrikanischen Regierung, die den Massensexodus ihres „Abfalls“ nach Europa noch unterstützt. Ein „Flüchtling“ berichtet sogar, dass eines Nachts Soldaten ins Gefängnis kamen, sie in den Hafen gefahren und auf ein Boot nach Italien verfrachtet haben. Auch im schweizerischen Chiasso ist man mit afrikanischen Gefängnisinsas-

sen vertraut: „Beweise haben wir nicht. Aber es ist ziemlich klar, dass unter den Asylbewerbern, die aus Tunesien kommen, auch Kriminelle sind, die [...] aus den Gefängnissen geflohen sind“, sagte der Chef des Empfangszentrums Chiasso. „Viele verhalten sich gegenüber unserem Personal sehr aggressiv. Es sind keine echten Flüchtlinge und sie behaupten das nicht einmal.“ Es wird immer offensichtlicher, dass diese Praxis absichtlich zugelassen wird, um Europa zu destabilisieren. [3]

*Unterschicht der Abhängigen und Aussichtslosen

Zensur im Namen der Antidiskriminierung

aal. Die kriminellen Auswüchse am Dortmunder Hauptbahnhof nahmen solche Ausmaße an, dass die Dortmunder Polizei ei-

nen öffentlichen Warnhinweis herausgab, welcher die erhöhte Aktivität von „Antänzern“ thematisierte. Dabei gehe es um

„Sachverhalte, bei denen sich (meist nordafrikanische) junge Männer ... an ausgewählte Opfer

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] www.kla.tv/7504 | <http://principiis-obsta.blogspot.se/2011/01/2011-eine-schone-neue-anti-utopie.html> | [2] www.kla.tv/7504 | <http://principiis-obsta.blogspot.se/2016/01/das-geheimnis-hinter-der-abwesenheit.html> | [3] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende-deutschland/gerhard-wisnewski-fluechtlings-aus-dem-knast-direkt-nach-europa.html> | www.epochtimes.de/politik/welt/fluechtlingskrise-schieben-regierungen-ihre-haeftlinge-nach-europa-ab-a1300702.html |

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress –

Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an **SuG@infopool.info**

Fortsetzung von Seite 1

herantanzten, sie dadurch ablenken, um dann Geldbörse oder Handy zu entwenden“. Kurze Zeit später intervenierte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Es besteht die Gefahr, dass hierdurch diese Personengruppen in der Bevölkerung

unter Generalverdacht gestellt werden. „Wir regen an, den Hinweis auf die nordafrikanische Herkunft aus der Pressemitteilung zu streichen“, heisst es in einem Schreiben, das der Zeitschrift „Focus“ vorliegt. Ein Polizeisprecher zum Magazin:

„Da nicht auszuschließen war, dass unsere Formulierung in der Pressemeldung als diskriminierende Äußerung missverstanden werden könnte, die in keinem Fall beabsichtigt war, haben wir uns entschlossen, die Pressemeldung nachträglich zu

ändern.“ Wenn eine konkret formulierte Warnung an die Bevölkerung zum Schutz vor Verbrechen als „diskriminierend“ bezeichnet wird, dann scheint die Antidiskriminierung eindeutig ihr Ziel verfehlt zu haben. [4]

Wem dient der internationale Terrorismus?

fme. Dem russischen Historiker S. Iwanow zufolge werden und wurden terroristische Organisationen wie der IS, die Taliban oder al-Qaida von den USA geschaffen. Dies, um in unliebsamen Staaten Unruhe zu schaffen und mit den USA unkooperative Regierungen zu stürzen oder zum Einlenken zu bewegen. Gemäß Iwanow wird, „durch die schweigende Zustimmung Washingtons und manchmal auch mit der direkten Unterstützung der USA und ihrer westlichen und regionalen Verbündeten [...], der internationale Terrorismus über den ganzen Planeten verbreitet“. Diese Aussage lässt aufhorchen, denn diese Terrororganisationen erfüllen tatsächlich auch einen überkontinentalen Zweck, wel-

cher direkt auch auf unsere westliche Gesellschaft abzielt: Durch die Verbreitung von Angst und Schrecken, genährt durch regelmäßig wiederkehrende Meldungen und Bilder von Enthauptungen, Massakern und Zerstörungen von Kulturgütern, soll ein Klima der Furcht und des Hasses entstehen. Ein solches Klima ist Voraussetzung für den Machterhalt der Regierenden. Menschen, die sich nicht fürchten, lassen sich schwer lenken. Menschen, welche keinen Hass empfinden, lassen sich nicht für Kriege einspannen. Also werden künstliche Feindbilder geschaffen, um die Menschheit gegeneinander aufzuhetzen und sie so von den eigentlichen Gefahren abzulenken. [5]

Ist die Lügenpresse Realität?

nsp. Viele Leitmedien berichteten dieses Jahr von einem Terroranschlag in Hurgada, der von IS-Terroristen verübt worden sei. Im „Stern“ stand: „Terroranschlag in Ägypten: Drei Touristen bei Schießerei in Hotel verwundet. Die Angreifer sollen Flaggen des IS bei sich getragen haben.“ Die „B.Z. Berlin“ jedoch schrieb, dass „ein ISIS-Angriff auf ein Hotel stattgefunden hat.“ Schon wurden Möglichkeiten zu Tatsachen. Medien wie ZEIT ONLINE, Neue Zürcher Zeitung, Spiegel ONLINE und viele mehr berichteten, dass es sich um einen Terroranschlag des IS gehandelt habe. Eine Korrespondentin von Klagemauer.TV war vor Ort und sprach mit betroffenen Personen. Die Gästebetreuerin der verwun-

deten Touristen sagte, dass es sich keineswegs um einen Terroranschlag, sondern um einen Lohnstreit zwischen zwei jungen Ägyptern gehandelt habe. Bei einem der verletzten Touristen fehlte jede Bereitschaft zu einem Interview: „Es stimmt nicht eines von dem, was in den europäischen Medien zu diesem Vorfall berichtet wurde“, sagte er.

„Wenn sie es wirklich ehrlich meinen, nicht so wie die anderen Medien, die mich interviewt haben, dann sagen sie dies unbedingt ihren Zuschauern: Es ist alles eine einzige Lüge!“ Dieser Fall ist nur eines von vielen Beispielen die zeigen, dass das Unwort des Jahres 2014 „Lügenpresse“ leider meistens der Realität entspricht. [6]

Amnesty International: ein „imperialistisches Werkzeug“ der USA?

ea/sc. Am 23.12.15 verurteilte Amnesty International (AI) die russischen Luftfeinsätze in Syrien als Kriegsverbrechen. Diese Vorwürfe wurden von den westlichen Medien umgehend übernommen und weiterverbreitet. Doch die Anschuldigungen konnten bisher nicht bestätigt werden. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow betonte dagegen bereits am 21.12.15, dass sich Russland strikt an das Völkerrecht halte. Für Christoph Hörstel* ist der AI-Bericht und die westliche Medienkampagne „eine Propaganda-

Aktion“. Die Beschuldigungen wie z.B. der Einsatz von „flächendeckend wirkenden Waffen in Zivilgebieten“ sei eine „typische Aktion der US-Luftwaffe“. Auch sei die „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ als Quelle äußerst unseriös. Dieses unterbesetzte Londoner „Hinterhofbüro“ verbreite aufbereitete Geheimdienstdaten und sei letztlich eine parteiische, quasi NATO-Dienststelle. Weitere Quellen würden zudem auf einen hohen Einfluss der CIA und des US-Außenministeriums

bei AI hindeuten. Amnesty International sei Teil des kriegsmäßig eingesetzten US-Machtparats. Auch Francis Boyle** warnte, dass AI und Amnesty USA durch Geheimdienste unterwanderte „imperialistische Werkzeuge“ der USA wären. So galt z.B. der Amnesty-Bericht 2010 als „moralische Rechtfertigung“ des Libyen-Krieges. [7]

*freier Journalist, ehemals ARD Sonderkorrespondent und leitender Redakteur MDR-Aktuell

**Professor für Internationales Recht und Politikwissenschaft, früheres Vorstandsmitglied von Amnesty USA

Schlusspunkt •

„Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt werde. Lasst uns die Warnungen erneuern, auch wenn sie schon wie Asche in unserem Munde liegen. Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen nur armenlige Versuche sind. Und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Bertold Brecht

Quellen: [4] <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2016/antidiskriminierungsstelle-draengte-polizei-zur-zensur/> | <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/stefan-schubert/neuer-beweis-polizei-wurde-angewiesen-nordafrikanische-herkunft-der-taeter-zu-streichen.html> | [5] <http://german.trib.ir/analysen/beitraege/item/265224-historiker-usa-z%C3%BCchten-terrorgruppen--um-sie-dann-zu-instrumentalisieren> | [6] www.stern.de/politik/ausland/terroranschlag-in-aegypten--drei-touristen-bei-schiesserei-in-hotel-verwundet-6639332.html | www.bz-berlin.de/welt/terror-angriff-auf-hotel-deutscher-in-hurgada-verletzt | www.kla.tv/7562 | [7] www.kla.tv/7449 | www.kla.tv/7383 | <http://de.sputniknews.com/politik/20151221/306638186/russland-syrien-streumunion.html> | <http://domiholblog.tumblr.com/post/114311729044/dochregierungorganisationen-gegen-syrien>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 5.2.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



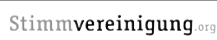
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

Bürgerentscheid: 90 Prozent gegen Asylwahn

11. Februar 2016 dieter



Davon mal abgesehen, dass Frau Merkel noch nie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter sich hatte, wird inzwischen immer deutlicher, dass ihre rechtswidrige ›Willkommenskultur‹ beim Volk überhaupt nicht mehr ankommt. Die friedliebenden Deutschen haben Angst und machen sich Sorgen über ihre Zukunft. Zu Recht!

Zehn Jahre lang haben Frau Merkel und ihre Erfüllungsgehilfen (alle im Bundestag vertretenen Parteien, Justiz, die sogenannten ›Qualitäts-Medien‹, Lobby ...) den Souverän betrogen.

Die Unzufriedenheit im Volk steigt seit der Silvesternacht rapide an und entsprechend sinkt das Vertrauen in die volksverräterische Politik. Erste Volksabstimmungen in kleinen Gemeinden haben gezeigt, dass 90 Prozent der Befragten gegen den Asylwahn und somit gegen die Einwanderungspolitik der Bundesregierung sind (siehe unten). Eine bundes-

weite Volksbefragung würde wahrscheinlich zu einem ähnlichen Ergebnis führen. Das Staatspropaganda-Ministerium (ARD/ZDF) aber bestätigt penetrant: ›Deutschland geht es gut!‹ Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung darf auf gar keinen Fall kommuniziert werden.

Wen wundert's wenn die sogenannten ›bürgerlichen Parteien‹ seit einiger Zeit in Umfragen Stimmenverluste einfahren – obwohl diese auch noch gefälscht sind. In gut vier Wochen sind drei Landtagswahlen. Aller Voraussicht nach werden die Wahlen ganz anders ausfallen, als die derzeitigen Prognosen hergeben. Alle Pro-Einwanderungsparteien werden von den Wählern mächtig eingeseift. Und das ist auch gut so!

Diese verlogene und volksverräterische Politik muss endlich bestraft werden. Einzig und allein kann das nur der Souverän, der sich nicht einmal auf die Justiz verlassen kann. In Deutschland existiert kein Rechtsstaat mehr. Hierfür gibt es genügend Beweise, die auf dieser Plattform dokumentiert wurden.

Wie der Betrug von ganz unten eigefädelt wird, erklärt Ernst Wolff in weniger als fünf Minuten. Das Betrugssystem ist sooo einfach und ganz leicht zu verstehen. Leider aber scheint sich die Masse nicht dafür zu interessieren, wie und von wem sie ausgeplündert wird. Bevor der Wähler seine Stimme in eine Wahl-URNE wirft, sollte er über folgende Aussage nachdenken:

«Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.» (Horst Seehofer, CSU)

von Martin Müller-Mertens (compact)

Umfragen zum Thema Asylkrise gibt es viele. Doch wie würden die Deutschen in einer Volksabstimmung über den grossen Austausch votieren? Die Initiative ›Mehr Demokratie wagen im Landkreis Passau‹ wollte es nun genau wissen. Privat organisierte sie den ersten kommunalen Bürgerentscheid zum Thema Asylpolitik. Das Ergebnis ist eindeutig: Rund 90 Prozent lehnen die Merkelsche Einladungspolitik ab, noch mehr sagen Nein zu weiteren finanziellen Belastungen der Gemeinden zu Gunsten der Asylforderer.

Teilnehmen konnten alle Bürger der Gemeinden Ruhstorf und Neuburg/Inn. Per Post verschickten die Initiatoren insgesamt etwa 4500 Stimmkarten – jeweils eine pro Haushalt. Weitere Karten konnten bei Bedarf angefordert werden, sofern weitere Stimmberechtigte in den jeweiligen Haushalten wohnten. Beachtliche 62 Prozent der Neuburger, sowie 48 Prozent in Ruhstorf beteiligten sich und beantworteten die insgesamt vier Fragen.

Die Frage eins – ›Ich unterstütze das Vorgehen der Bundesregierung in der Asyl- und Einwanderungsfrage‹ – verneinten in der Gemeinde Neuburg 90,4 Prozent und in der Gemeinde Ruhstorf 90,8 Prozent.

Die Frage zwei – ›Ich bin für einen sofortigen Zuwanderungsstopp, unabhängig davon, ob dies derzeit gesetzlich möglich ist‹ – ergab 89,2 Prozent Ja-Stimmen in Neuburg/Inn und 89,6 Prozent in Ruhstorf.

Frage drei – ›Soll meine Gemeinde die Aufnahme von Asylsuchenden/Einwanderern stärker unterstützen, auch mit eigenem Geld?‹ – beantworteten 93,5 Prozent der Neuburger mit ›Nein‹, bzw. 93,3 Prozent der Ruhstorfer. Und Frage vier lautete – ›Soll meine Gemeinde vor dem Bau oder der Genehmigung von Gemeinschaftsunterkünften eine Befragung der Bürger durchführen?‹ Hier lautete das Ergebnis: 94,7 Prozent ›Ja‹ in Neuburg und 93,0 in Ruhstorf.

«Wir haben damit ein Ergebnis erhalten von der ersten flächendeckenden Befragung der Bürger in Deutschland zum Themenkomplex ›Asyl‹. Viele Menschen haben mich schon darauf angesprochen, dass es traurig sei, dass

dies von privater Hand erfolgen müsse», sagte der Sprecher der Initiative, Gunter Huber. Zugleich forderte er eine Bundestagsabstimmung über die Asylpolitik.

Völlig repräsentativ für ganz Deutschland sind die Zahlen sicher nicht – immerhin ist der an der Grenze zu Österreich gelegene Landkreis Passau ganz besonders von der anhaltenden illegalen Einwanderung betroffen. Allerdings könnte diese erste Bürgerbefragung durchaus nur der Anfang gewesen sein. «Es haben sich Interessenten aus anderen Kommunen gemeldet, die diese Aktion auch bei sich durchführen wollen», so die Initiatoren.

Quelle: <http://krisenfrei.de/buergerentscheid-90-prozent-gegen-asylwahn/>

Wir müssen Freiheit und Demokratie verteidigen!

Ich habe hier schon des öfteren geschrieben, dass ich Angela Merkel für eine Verfassungsfeindin und die grösste Bedrohung Deutschlands halte. Leider tut die Merkelregierung alles, um meinen Vorwurf zu bestätigen. Die neueste Schnapsidee ist offenbar, Stück für Stück das Bargeld einzuschränken und es möglicherweise sogar ganz abzuschaffen. Dafür werden fadenscheinige Gründe genannt, die nicht überzeugend sind. Schon die Behauptung, man wolle auf diese Weise Kriminalität bekämpfen, ist nicht glaubwürdig, denn bekanntermassen gibt es im Internet eine Vielzahl von Verbrechern, die nur darauf warten, anderen Menschen Geld vom Konto zu holen. Genau deshalb gibt es immer noch eine Reihe von Bürgern, die es ablehnen, online Überweisungen zu machen. Wenn ich mir ansehe, wie viele betrügerische Emails ich jeden Tag bekomme, habe ich dafür ein gewisses Verständnis, obwohl ich selbst online tätig bin. Der eigentliche Grund für die Einschränkungen des Bargeldes dürfte der sein, die Bürger besser überwachen zu können und ihnen «bei Bedarf» auf einen Schlag Geld vom Konto nehmen zu können. Solche Sachen gab es ja schon in anderen Ländern. Gäbe es gar kein Bargeld mehr, dann wäre das ein weiterer Schritt zur völligen Überwachung der Bürger und die Merkelregierung würde sich weiter in Richtung Diktatur entwickeln. Typischerweise vernebelt die Merkelregierung mal wieder ihre Absichten und keiner weiss genau, was ihr Endziel ist. Schon diese Unehrllichkeit, die aber für Merkel typisch ist, muss Misstrauen hervorrufen. Es ist gut, dass der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Papier, die Pläne zur Abschaffung des Bargelds heftig kritisiert hat.

Ein weiterer Schritt in Richtung Diktatur ist die ständige Hetze gegen die Bürger, die die unkontrollierte Masseneinwanderung ablehnen. Obwohl dies offenkundig die klare Mehrheit der Bevölkerung ist, wie inzwischen sogar Lügenmedien zugeben, wird mit allen Mitteln der Manipulation gegen sie gehetzt, im Lügenfernsehen ebenso wie in Lügenzeitungen und diesmal sogar im Karneval in Mainz und Köln, wo Typen, die auch im Alltag Narren sind, in arschkriecherischer Weise die Masseneinwanderung bejubelt und Kritiker in übelster Weise beschimpft haben. Parallel dazu kommt jetzt ständig von linken Fanatikern und Deutschenhassern der Vorwurf der «Volksverhetzung» gegen Andersdenkende. Nun gibt es ja tatsächlich im Internet einige Äusserungen, die grobe Beleidigungen und teilweise sogar Aufforderungen zu Straftaten sind und mit sachlicher Diskussion nichts zu tun haben. Auf derartige Beiträge, gleichgültig von welcher Weltanschauung getragen, kann und sollte man verzichten. Auch im Internet sollte es eine Streitkultur geben, bei der man sich nicht gegenseitig mit Dreck bewirft, sondern hart über Tatsachen streitet, wobei die Betonung auf Tatsachen liegt. Wirre Unterstellungen und Vorurteile gibt es im Internet ebenso wie im wirklichen Leben mehr als genug. Bemerkenswert ist aber, dass von linksradikalen Deutschenhassern der Vorwurf der Volksverhetzung leichtfertig gegen alle Andersdenkenden erhoben wird, um sie damit mundtot zu machen. Auf diesen Schwindel dürfen wir nicht hereinfallen. Leider beteiligen sich manchmal auch (Un-)Rechtsanwälte an dieser Gaunerei, mit der jegliche politische Diskussion unterdrückt werden soll. Wir leben in extrem spannungsgeladenen Zeiten, sowohl innenpolitisch als auch aussenpolitisch. Wenn uns Deutschland, Demokratie und Rechtsstaat wichtig sind, dürfen wir nicht feige schweigen, sondern müssen klar sagen, wofür und wogegen wir sind. Wenn dies in sachlicher Weise geschieht und jeweils Tatsachen angegeben werden, kann uns niemand Volksverhetzung vorwerfen, sondern dann müssen sich die Deutschenhasser endlich einer ehrlichen Diskussion stellen. Bisher waren sie dazu meist zu feige oder zu dumm, siehe die Absage von Fernsehdiskussionen durch unfähige SPD-Politikerinnen.

Quelle: <http://www.anti-merkel.de/>

Zensur von Social Media

Posted on Februar 9, 2016 11:14 pm by jolu

Israel will weltweite Zensur von Social Media



Auch dieses Bild ist wohlmöglich ein «Anreiz zum Terrorismus» und soll weltweit zensiert werden können.

Foto: Carlos Latuff – Public Domain

9. Februar 2016 – 20:00

Wenn es nach Israel geht, soll so bald wie möglich eine internationale Koalition geformt werden, die der Zensur von Online-Medien dient. Kein Social-Media-Dienst soll nach Meinung des israelischen Sicherheitsministers Gilad Erdan dazu in der Lage sein, Inhalten eine Plattform zu bieten, die als «Anreiz zum Terrorismus» aufgefasst werden können. Dienste wie Facebook, Twitter oder YouTube sollen «mehr Verantwortung» übernehmen.

Inhalt, der zu Terrorismus «inspiriert»

Laut dem Bericht der Times of Israel könnte eine weltweite juristische Koalition in der Lage sein, die – eigentlich für genau solche Fälle entworfenen – Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformen einer Änderung zu unterwerfen. Danach sollte man gegen die Social-Media-Dienste vorgehen können, wenn sie «die Benutzung ihrer Systeme für den Upload von Videos, Liedern, Fotos und anderen Inhalt, der mögliche Terroristen dazu inspirieren könnte, Messer, Gewehre, Steine und andere Waffen in die Hand zu nehmen, um Israelis anzugreifen, nicht proaktiv verhindern.» Als Illustration verwendet die Zeitung übrigens israelkritische, «antisemitische» Karikaturen.

Laut Erdan braucht dieser Plan eine Zusammenarbeit mit europäischen Ländern, die angeblich bereits «sehr interessiert an dieser Idee» seien. «Mitglieder der Koalition würden zusammenarbeiten, um zu erwirken, dass die Plattformen Inhalte löschen, die in ihren Ländern gepostet wurden, falls ein Mitglied dies verlangt», so die Times of Israel.

<https://www.unzensuriert.at> bzw. <http://wahrheitfuerdeutschland.de/zensur-von-social-media/>

Meinung

Posted on Februar 9, 2016 10:15 pm by jolu

Die Grenzlüge

von Henning Hoffgaard

Was ist nötig, um einer Lüge Glaubwürdigkeit zu verleihen? Sie muss nur oft genug wiederholt werden. «Wir können nicht über 3500 Kilometer Grenze sichern», heisst es aus der Politik, wenn es darum geht, die Flüchtlingswelle einzudämmen. Im Klartext bedeutet das: Wir sind den durch Europa ziehenden Asylströmen schutzlos ausgeliefert.

Die Wahrheit allerdings sieht anders aus. Ja, die deutschen Aussengrenzen sind mehr als 3500 Kilometer lang. Genaugenommen sind es 3757 Kilometer. Niemand fordert allerdings, die Grenzen nach Dänemark, Frankreich oder Holland abzuriegeln. Es geht vor allem um die 815 Kilometer zu Österreich.

EU-Aussengrenzen sichern

Das bedeutend kleinere und wirtschaftsschwächere Ungarn schaffte es innerhalb weniger Monate, seine Grenze nach Serbien mit einem Zaun fast vollständig zu sichern. Wenn die Bundesregierung das wirklich wollte, könnte der Grenzzaun schon lange stehen. Es würde reichen, wenn an den anderen EU-Aussengrenzen das gemacht wird, was Ungarn schon lange praktiziert.

Aber weil das alles viel zu einfach ist, und zudem das von Merkel eingeforderte ‹freundliche Gesicht› der Bundesrepublik leiden würde, versucht es die Bundesregierung mit der kompliziertesten und sinnlosesten Massnahme: Nicht Deutschland soll seine Grenzen schützen, sondern die Türkei ihre.

Was Deutschland nicht will, soll nun die Türkei machen

Deren Aussengrenze ist 2648 Kilometer lang. 822 Kilometer betreffen Syrien. Dazu kommen 7200 Kilometer Küstenlinie. Und die sollen nun von der Türkei besser kontrolliert werden können als die deutsche Grenze von der Bundespolizei?

Derzeit hat die Bundesregierung die Sicherung Deutschlands an die Grenzpolizei von Mazedonien ausgelagert. Wer es dort schafft, ist innerhalb weniger Tage auch in der Fussgängerzone von Berlin, Hamburg oder München. Mit der impliziten Forderung, die Türkei müsse die Flüchtlinge an der Ausreise hindern, ist Merkel geistig übrigens näher am DDR-Schiessbefehl, als es Frauke Petry jemals war.

<https://jungfreiheit.de> bzw. <http://wahrheitfuerdeutschland.de/meinung-28/>

So hassen die Hass-Zensoren von Facebook

8. Februar 2016



Anetta Kahane. © Raimond Spekking / , via Wikimedia Commons

Die Zensurstelle von Facebook ist mit einschlägigen Aktivisten besetzt. Der Hass auf das deutsche Volk ist Programm. Mit der Ernennung der Amadeu-Antonio-Stiftung zur Zensoren-Abteilung wurde ein klares Bekenntnis im Kampf gegen die deutsche Identität abgelegt.

Wie berichtet gibt es Millionen für die neue Facebook-Zensurstelle. Und als eine der ersten Amtshandlungen dieser Zensurstelle wurde das deutsche Portal von «Anonymous» gesperrt. Es ist bezeichnend, wen BRD-Justizminister Heiko Maas und das US-Unternehmen «Facebook» mit Zensoren-Rechten ausgestattet haben. Unter anderem wurde die Amadeu-Antonio-Stiftung mit dieser sensiblen Aufgabe betraut.

Der Hass der Amadeu-Antonio-Stiftung

Die von Facebook vorgestellte Initiative soll laut Eigendefinition «gegen Hetz- und Hasskommentare» vorgehen. Die Zensurstelle arbeitet unter dem Titel «Initiative für Zivilcourage online» und soll «Extremismus und Hassrede im Internet bekämpfen». Einige «hundert Mitarbeiter» sollen die Zensur erledigen. Mit dabei die Amadeu-Antonio-Stiftung, die allerdings selbst immer wieder mit latentem Hass auffällt. Allerdings nicht gegen Flüchtlinge und Zuwanderer, sondern gegen das deutsche Volk und «weisse» Menschen an sich.

Die Gründerin der Amadeu-Antonio-Stiftung ist die Ex-Stasi-Agentin Anetta Kahane. Die letzten 25 Jahre engagierte sich Kahane im Sinne der offensiven Zuwanderungs-Politik in die Bundesrepublik Deutschland. Nach der politischen Wende in der DDR wurde sie erste und zugleich letzte «Ausländerbeauftragte» des Magistrats von Ost-Berlin. 1991 gründete Kahane die «Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule». Die von Anetta Kahane ins Leben gerufene Amadeu-Antonio-Stiftung sieht ein homogenes und weisses Deutschland als Problem an. So forderte Kahane etwa die Politik auf, gegen das «weisse Deutschland» vorzugehen: «Aus diesem Grund gibt es im Osten des Landes noch immer weniger als 1% sichtbare Minoritäten und somit kann man sagen, dass dieser Teil des Landes weiss geblieben ist. Nicht nur «ausländerfrei», sondern weiss. Bis heute ist es anstrengend, schwierig, mühsam bis unmöglich die lokalen Autoritäten davon zu überzeugen, dass dieser Zustand ein Problem ist, gegen das sie aktiv werden sollten. Es fehlt an politischem Willen, an Empathie und an der, für eine moderne westliche Demokratie, notwendigen Ethik.»

Nicht nur für die Chefin Kahane ist es «ein Problem», dass Deutschland noch immer weisse Menschen beherbergt. Auch ihre Stiftungs-Mitarbeiter sind auf antideutscher Linie. Julia Schramm, seit zwei Jahren bei der Stiftung beschäftigt, hat «ein gutes Gewissen», dabei mitzuwirken, «Deutschland einfach abzuschaffen». Weil Männer mehrheitlich die AfD (Alternative für Deutschland) wählen würden, sei das «Männerwahlrecht zu überdenken» und anlässlich der Bombardierung von Dresden im Zweiten Weltkrieg, wo Hunderttausende Zivilisten in einem beispiellosen Bomben-Terror zu Tode kamen, macht Schramm «Witze» über deutsche Tote: «Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer frei!»

(Erklärend: Bomber Harris war der bekannteste Bombenflieger der alliierten Luftwaffe, welcher sich feiern liess, weil er so viele Deutsche – von US-Amerikanern und Engländern auch «Kartoffeln» genannt – aus der Luft ermordet hatte. Weil die Luftbomben von oben die Menschenmassen zu «Brei» zerbombten, fand es Julia Schramm offenbar lustig von «Kartoffelbrei» zu sprechen. Die Mehrheit der Opfer von Dresden waren Flüchtlinge – Frauen und Kinder, welche aus dem Osten flohen und in Dresden Schutz suchten. Schramm sieht das locker: «Deutsche Täter sind keine Opfer.»)



Hass-Zensoren

Solche Menschen «gegen Hasspostings» vorgehen zu lassen ist ein ganz eindeutiges Signal. Julia Schramm selbst arbeitete an einer Broschüre mit, welche über «Hass-Sprache / Hate-Speech» aufklären soll. Mit der Ernennung

der Amadeu-Antonio-Stiftung zur Zensoren-Abteilung wurde ein klares Bekenntnis im Kampf gegen die deutsche Identität abgelegt. Es wird ein Geist zum moralischen Zensor erhoben, welcher keine «deutschen Opfer» kennt, sondern immer nur «deutsche Täter». Hier sind die «Bio-Deutschen» das Problem und nicht die unkontrollierte Massenzuwanderung. Deutschland, so der Tenor dieser Denkweise, muss ausgedünnt und abgeschafft werden. Wenn deutsche Frauen, wie in Köln, vergewaltigt werden, tragen sie selbst die Schuld. Und in diesem Geiste wird Ausländergewalt gegen Deutsche auch gerne mal als eine «Rückgabe erlebter Diskriminierung» bezeichnet.

Quelle: <http://www.info-direkt.eu/so-hassen-die-hass-zensoren-von-facebook/>

«Die heilige Merkel gegen die Rassisten» – Oxford-Ökonom sieht Einheit der deutschen Gesellschaft in Gefahr

Epoch Times, Montag, 15. Februar 2016 11:16

Deutschland hilft den falschen Flüchtlingen, so Professor Paul Collier von der Universität von Oxford und hochgeschätzter Entwicklungsökonom. Es handele sich dabei hauptsächlich um junge Männer, «wohlhabend genug, um Tausende von Euro an Schlepper zu zahlen». Ausserdem werden diese Männer beim Wiederaufbau in Syrien «schmerzlich fehlen».



Foto: ADEM ALTAN/AFP/Getty Images

Diese Leute hätten alles verkauft, um nach Europa zu kommen. Dabei sei die Reise einem Russischen Roulette ähnlich. Es zähle einzig das Recht des Stärkeren: «Wer nicht unterwegs ertrinkt, darf bleiben.»

Deshalb schlägt er der deutschen Kanzlerin vor, «diejenigen, die es am nötigsten haben», aus den Lagern in Jordanien und dem Libanon herauszufliegen.

Sir Paul Collier ist ein führender Entwicklungsökonom und Professor an der Universität von Oxford, einer der ältesten und renommiertesten Universitäten der Welt und eine der fünf Super-Elite-Unis Grossbritanniens.

Angela Merkels heiliger Feldzug

Collier, der auch ehemals Leiter der Forschungsabteilung der Weltbank war, nannte die Politik der Bundeskanzlerin, alle Flüchtlinge nach Deutschland einzuladen, einen «kolossalen Fehler».

Zudem prangert er die Schwarz-Weiss-Malerei der Merkelschen Migrationspolitik an, vor allem im öffentlichen Diskurs mit dem Thema Flüchtlingskrise: «Die heilige Merkel gegen die Rassisten. Ich halte das für diffamierend», so Paul Collier.

Auch habe Angela Merkel «vorher offensichtlich überhaupt keine Vorbereitungen getroffen», um den resultierenden Ansturm zu bewältigen, sagte Collier in der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung», berichtet der «Focus».

Multikulti zerstört gesellschaftliche Solidarität

«Bevor Angela Merkel eine Heilige sein wollte, hat sie die Multikulti-Gesellschaft in Deutschland als gescheitert bezeichnet. Ich sehe nicht, warum sich das auf einmal geändert haben sollte», so der Ökonom.

Nach Aussagen des Spezialisten sei es das «Wunder des Nationalstaates», das eine gemeinsame Identität schaffe, die «Solidarität ermöglicht». Dem wirkt ein Zuviel an Einwanderung entgegen.

Der anhaltende Flüchtlingszustrom gefährde diesen klassenübergreifenden Zusammenhalt unter der einheimischen Bevölkerung. Die Reichen würden dann die Armen nurmehr als eine Gruppe ansehen, mit der sie nichts gemein haben und der sie auch nicht mehr durch Umverteilung helfen wollten. «Es gibt klare Anzeichen dafür, dass die Solidarität in Gesellschaften mit hohem Einwandereranteil rapide abnimmt», so der Oxford-Professor. (sm)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/die-heilige-merkel-gegen-die-rassisten-oxford-oekonom-sieht-einheit-der-deutschen-gesellschaft-in-gefahr-a1306911.html>

JUNGE FREIHEIT
Nr. 6/16 / 5. Februar 2016

Der Überschuß kommt zu uns

Massenmigration gibt es
auch ohne Bürgerkriege

DIRK GLASER

Das nationale Desaster, das die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung verursacht hat, ist auch eine Folge des engen geistigen Horizonts des Berliner Führungspersonals. Daher täuschte man zunächst sich, dann die Bevölkerung über die Ursachen der Masseninvasion. Die waren nur zum kleineren Teil in der nahöstlichen Krisenherden zu finden. Tatsächlich handelte es sich nicht um eine humanitäre, mit Technischem Hilfswerk, viel „Wir schaffen das“-Rhetorik und allerlei Integrationsmaßnahmen zu meistern Herausforderung, sondern um das von der politisch-medialen Klasse kaum ansatzweise begriffene Abfließen des afroasiatischen Bevölkerungsüberschusses nach Europa.

Vor einem solchen Szenario warnen Demographen allerdings schon seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation im Epochenjahr 1989. Globales Bevölkerungswachstum, so führt Christoph Dittrich, Professor am Institut für Geographie der Göttinger Universität aus, sei als zentraler Faktor für Ressourcenknappheit, Migration, Armut und letztlich gewaltsame Konflikte frühzeitig in den 1990ern von kanadischen und Schweizer Forschergruppen analysiert worden (*Geographische Rundschau*, 12/2015).

Überbevölkerung wurde als Ursache unterschätzt

In der deutschen Forschungslandschaft, unter Federführung des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“, habe man solche Modelle hingegen als „eindimensional“ und „neo-malthusianisch“ kritisiert und sich mehr mit der „Kriegsursache Umweltzerstörung“ als mit der Überbevölkerung beschäftigt. Aber der Klimawandel könnte den Migrationsdruck aus dem Süden allenfalls verstärken, er löst ihn jedoch nicht aus. Insoweit beschreibt auch die von Dittrich klassifizierte Vielfalt der Konstellationen, die bisher zu Ressourcen- und Umweltkonflikten geführt haben, eher ein Epiphanomen.

Sozioökonomische Kausalitäten seien in der Regel beachtlicher, so daß nicht mehr nur linke Theoretiker immer dringlicher fragen, ob die Logik des globalisierten neokapitalistischen Politik- und Wirtschaftssystems, das „expansive Wirtschaftsmodell des Kapitalismus“ (Harald Welzer), nicht die Transformation zu einer „reduktiven Moderne“ bei „radikaler Absenkung des Ressourcenverbrauchs verlange, um die Tragfähigkeit der Erde zu erhalten und drohende Völkerwanderungen zu verhindern.

www.geographischerundschau.de

Wer erhält das globale Finanzsystem eigentlich am Leben?

Ernst Wolff

Eine der meistgestellten Fragen unserer Zeit dürfte die folgende sein: Wie ist es möglich, dass das globale Finanzsystem trotz aller Einschlüsse der jüngeren Vergangenheit noch immer nicht in sich zusammengebrochen ist? Das Gesamtbild der Weltwirtschaft könnte kaum düsterer sein: Rezession und Deflation, Kapitalflucht aus den Schwellenländern, Verwerfungen an den Devisenmärkten, Einbruch des Ölpreises und der Rohstoffmärkte, miserable Wirtschaftsdaten aus den USA und China – und das alles vor dem Hintergrund von weltweit mehr als 200 Billionen US-Dollar Schulden, einem sich ständig verschärfenden Währungskrieg und einer Unzahl geopolitischer Krisenherde ...

Freitag, der 29.01.: Ein aufschlussreicher Tag an der Wall Street

Einen Hinweis darauf, wie und warum das globale Finanzsystem trotz dieser katastrophalen Gesamtlage noch funktioniert, gaben die Ereignisse an der New Yorker Börse am letzten Freitag des Monats Januar: Obwohl aus den USA extrem schlechte Wirtschaftsdaten gemeldet wurden, die sich auf die Kurse eigentlich negativ hätten auswirken müssen, schoss der Dow Jones um fast 400 Punkte in die Höhe. Weshalb? Weil die japanische Zentralbank am selben Tag bekannt gab, dass sie Negativzinsen einführen wird. Die Anleger an der New Yorker Börse gingen umgehend davon aus, dass die US-Zentralbank Federal Reserve ihren im Dezember begonnenen Kurs der Erhöhung des Leitzinses wegen der schlechten US-Wirtschaftsdaten nicht fortsetzen, sondern den Zinssatz ebenfalls wieder senken und Investoren damit weiteres, noch billigeres Geld zur Spekulation an den Finanzmärkten zur Verfügung stellen wird.

Die Reaktion zeigte einmal mehr, dass sich das Geschehen an den Aktienmärkten inzwischen vollständig von der realwirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt hat und ein Eigenleben führt, dessen Regeln keiner Wirtschaftstheorie folgen. Konzepte wie das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage zählen nicht mehr, die Entwicklung der Börsenkurse basiert heute in erster Linie auf der Erwartung zukünftiger Manipulation der Märkte durch die Zentralbanken.

Die Reanimation des Systems hatte ihren Preis

2008 wäre das Todesjahr für das bestehende globale Finanzsystem gewesen, hätten Regierungen und Zentralbanken es nicht durch die grösste Vermögensumverteilung aller Zeiten mit Hilfe von Steuergeldern am Leben erhalten. Diese Reanimation aber hatte ihren Preis: Sie hat eine ständig wachsende Schuldenlawine von nie dagewesenem Ausmass in Gang gesetzt, die unablässig durch Zinszahlungen bedient werden muss. Aus diesem Grund bleibt den Zentralbanken seit 2008 gar nichts anderes übrig, als immer neues Geld zu drucken und es der Finanzindustrie zu immer niedrigeren Zinsen zur Verfügung zu stellen.

Das allein aber reicht nicht aus. Die Aktivitäten der Zentralbanken gehen deshalb weit über das Drucken von Geld und das Senken von Zinssätzen hinaus. Seit Jahren greifen sie auch in grossem Stil an den Rohstoff-, Anleihe- und Aktienmärkten ein. Laut dem Official Monetary and Financial Institutions Forum hielten sie bereits im Juni 2014 mehr als 30 Billionen US-Dollar in Aktien und anderen Vermögenswerten. Zu den grössten Playern am Markt zählen die chinesische Zentralbank (Bank of China, BoC), die US-Zentralbank Federal Reserve und die Schweizer Nationalbank (SNB). Im Klartext heisst das: Die Banken, die Geld drucken dürfen, zählen selbst zu den grössten Marktteilnehmern und steuern mit ihrer eigenen Finanzkraft die Kurse.

Doch selbst diese Form der Manipulation dürfte in den vergangenen Wochen kaum ausgereicht haben, um das System am Leben zu erhalten. Gerade die Entwicklung an den Rohstoffmärkten hat zu Verwerfungen geführt, die internationale Giganten wie z.B. die Konzerne Glencore, Rio Tinto und BHP Billiton und ganze Industriezweige wie die mit Krediten in Höhe von einer halben Billion US-Dollar belastete US-Fracking-Industrie an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben.

Auch müssen im Bereich der Derivate, insbesondere der Kreditausfallversicherungen, allein in den vergangenen acht Wochen Zahlungen in Milliardenhöhe fällig geworden sein. Da jedem Gewinner in diesem Bereich ein Verlierer gegenübersteht, muss man sich fragen: Wer sind diese Verlierer und wieso haben ihre Verluste keine Kettenreaktion ausgelöst? Und noch eine weitere Frage steht seit Längerem im Raum: Wer hat die in den vergangenen eineinhalb Jahren auf den Markt geworfenen US-Staatsanleihen in Höhe von etwa einer Billion Dollar, die in keiner der Öffentlichkeit zugänglichen Bilanz auftauchen, gekauft und bezahlt ...?

Die im Verborgenen arbeitenden Helfershelfer der Zentralbanken

Ein genauer Blick auf das Umfeld der Zentralbanken zeigt: Diese fast unumschränkten Herrscher über das System haben mächtige Helfershelfer, die sie bei ihrer Manipulation der Märkte unterstützen, sich dabei aber

auf Grund rechtlicher Regelungen den Augen der Öffentlichkeit entziehen und das Gesamtbild so für Aussenstehende noch undurchsichtiger machen.

Die EZB zum Beispiel kann sich auf die nationalen Notenbanken der Eurozone und das mit ihnen abgeschlossene und bis heute geheim gehaltene Agreement on Net Financial Assets (Anfa) stützen. Dieses Abkommen erlaubt den europäischen Notenbanken, die Öffentlichkeit über ihre Anlagetätigkeit und das Ausmass z.B. ihrer Staatsanleihenkäufe im Dunkeln zu belassen. Die Bestände müssen nicht ausdrücklich in ihren Bilanzen ausgewiesen, sondern können zusammen mit anderen Posten angegeben werden – ein Freibrief zur Manipulation, deren Umfang bis 2015 auf etwa 700 Mrd. Euro beziffert wird. (siehe Daniel Hoffmanns 2015 erschienene Dissertation «Die EZB in der Krise – Eine Analyse der wesentlichen Sondermassnahmen von 2007 bis 2012»).

Wichtigster Partner der Federal Reserve in den USA dürfte neben der 1988 unter Ronald Reagan gegründeten obskuren President's Working Group on Financial Markets, auch Plunge Protection Team (PPT, zu Deutsch: Gruppe zum Schutz vor Börsenabstürzen) genannt, der Exchange Stabilization Fund (ESF, zu Deutsch: Börsenstabilisierungsfonds) sein. In den Dreissiger Jahren mit dem Gewinn der US-Regierung aus der Enteignung privater Goldbesitzer gegründet, arbeitet der ESF seit acht Jahrzehnten unter allergrösster Geheimhaltung. Er ist nur dem US-Präsidenten und dem US-Finanzminister auskunftspflichtig, seine Bücher dürfen von niemandem eingesehen werden, eine parlamentarische Kontrolle durch den US-Kongress gibt es nicht.

Die grösste schwarze Kasse der Welt?

Es wird vermutet, dass der ESF sich unter anderem die durch CIA-gestützte Putsche erworbenen Reichtümer wie zuletzt die Goldreserven der Ukraine und Gaddafis konfiszierten Goldschatz angeeignet und auf diese Weise die grösste schwarze Kasse der Welt geschaffen hat. Unter anderem soll er in der jüngeren Vergangenheit beim Rückkauf von US-Staatsanleihen aktiv gewesen sein. Da allein in den vergangenen 17 Monaten (vor allem zur globalen Schuldenbegleichung) US-Staatsanleihen im Wert von 1 Billion Dollar eingelöst wurden und diese enorme Summe weder in den Büchern der Fed, noch in denen des Finanzministeriums der USA auftaucht und darüber hinaus zu keiner Schwächung des Dollars geführt hat, scheint diese Annahme durchaus berechtigt.

Es ist auch sehr gut möglich, dass der ESF dann eingreift, wenn Grossunternehmen vom Bankrott bedroht sind und ihr Zusammenbruch das gesamte System bedrohen könnte. Er dürfte in diesen Fällen einspringen und dem betroffenen Unternehmen unter höchster Geheimhaltung Kredite zur Verfügung stellen, die es stabilisieren und die Fälligkeit von Kreditausfallversicherungen so verhindern. Im Jahr 2008 ist er in den USA – das ist sogar offiziell bestätigt – auf diese Weise in einer Grössenordnung von 50 Mrd. US-Dollar aktiv gewesen.

Der ESF verfügt im übrigen nicht nur über US-Dollar und ausländische Währungen, sondern auch über die Sonderziehungsrechte des IWF (2009 bereits in einer Höhe von 60 Mrd. US-Dollar). Diese künstliche Reservewährung, die bereits 2008 in einer Grössenordnung von 250 Mrd. US-Dollar zur Rettung von Staaten eingesetzt wurde, würde im Fall eines Dollar-Zusammenbruchs vermutlich als allerletztes Mittel zur Rettung des bestehenden Systems zum Einsatz kommen.

Man sieht: Die Zentralbanken halten sich Verbündete, die ihr zwielichtiges Geschäft weitgehend im Dunkeln betreiben und dabei helfen, ein im Grunde totes System fern der Augen der internationalen Öffentlichkeit am Leben zu erhalten. Die entscheidende Frage lautet: Wie lange wird ihnen das noch gelingen?

Wie nah ist das System dem finalen Kollaps?

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden Regierungen und Zentralbanken weiterhin unbegrenzt Geld drucken und den Zinssatz immer stärker in negatives Territorium bewegen. Es wird hinter den Kulissen weiter manipuliert und aus schwarzen Kassen bezahlt werden. Aber das Problem ist: Die Folgen dieser Massnahmen sind nicht unbegrenzt beherrschbar.

Das Geld drucken hat die Blasen an den Börsen der Welt inzwischen so weit aufgebläht, dass sie im Fall ihres Platzens viele Grossinvestoren (wie z.B. die Pensionskassen) mit sich in den Abgrund ziehen und unabsehbare finanzielle, wirtschaftliche und soziale Folgen haben werden. Die Auswirkungen von Negativzinsen sind unabsehbar, da es hierfür keine historischen Parallelen gibt. Ihre Einführung muss aber wegen der Flucht der Sparer ins Bargeld auf jeden Fall ein Bargeldverbot nach sich ziehen, was ebenfalls zu sozialen Unruhen führen kann. Eine Reihe von Firmenpleiten im Zuge des Ölpreisverfalls könnte wegen der zur Rettung erforderlichen Summen schnell ausser Kontrolle geraten. Der Derivatemarkt wiederum hat mit einem Umfang von über einer halben Trillion Dollar ein Ausmass angenommen, das im Fall einer Kettenreaktion durch keine schwarze Kasse mehr zu beherrschen wäre. Ein Fall der Deutschen Bank als inzwischen grösstem Derivatehändler der Welt (noch vor JPMorgan) wäre auf jeden Fall das abrupte Ende ...

Es gibt viele Arten und Weisen, auf die ein Crash des bestehenden Systems eingeläutet werden kann. Es ist auch gut möglich, dass die USA, die vom Zusammenbruch am härtesten betroffen wären, dem Crash durch das Entfachen eines grösseren Krieges (der die Gefahr eines 3. Weltkrieges heraufbeschwören würde) vorzugreifen versuchen. Schauplätze könnten der Nahe Osten, Russland oder China sein. Ein Krieg im Nahen Osten würde den Ölpreis sofort in die Höhe treiben, die US-Fracking-Industrie somit vor dem Untergang retten und wäre für die USA daher wirtschaftlich und finanziell zumindest vorübergehend ein Befreiungsschlag. Ein Krieg gegen Russland und die Ersetzung des Regimes Putin durch ein Marionettenregime vom Schlag Jazenjuk würde das System durch die Öffnung eines riesigen Marktes auf jeden Fall für einige Zeit stabilisieren und ein Krieg gegen China würde einen potentiellen Gefahrenherd für die USA, nämlich die Einführung einer goldgedeckten Währung durch das Reich der Mitte (die das sichere Ende des US-Dollars als globale Leitwährung bedeuten würde), ausschalten.

Angesichts der Vielzahl der Möglichkeiten kann niemand ernsthaft vorhersagen, wie oder in welchem Zeitraum sich die kommenden Ereignisse abspielen werden. Nur eines lässt sich mit Bestimmtheit feststellen: Das bestehende System befindet sich historisch gesehen in seiner Endphase und ist nicht mehr zu retten. Was wir zurzeit erleben ist der Versuch, den endgültigen Crash auf Biegen und Brechen und unter Einsatz aller erdenklichen Mittel hinauszuzögern. Der Preis dafür ist hoch: Manipulation der Märkte, Täuschung der Öffentlichkeit, Enteignung der Sparer, Repression, Gewaltanwendung und schlussendlich der Rückgriff auf das Mittel des Krieges sind zu diesem Zweck unvermeidlich.

Ernst Wolff, 4. Februar 2016

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2016_02_04_wer.htm

Video bei: <https://www.youtube.com/watch?v=GCKxITTKYw>

Veröffentlicht am 05.04.2015

Um das Chaos am Ende des Zweiten Weltkrieges neu zu ordnen, für globalen Wiederaufbau und damit Stabilität zu sorgen, entstanden 1945 Organisationen wie die UNO, die Weltbank und der IWF.

Proklamiertes Ziel speziell des IWF war es immer, Staaten wirtschaftlich auf die Beine und damit zur Unabhängigkeit zu verhelfen.

Heute ist klar, dass der IWF genau das Gegenteil getan hat und tut. Er agiert Jahrzehnte nach seiner Gründung eher wie ein Drogenhändler, nur dass der Stoff, der seine Klienten in die Abhängigkeit treibt, Schulden heisst. Geht es dem IWF wirklich um Autonomie derer, die ihn um finanzielle Hilfe ersuchen? Oder aber nutzt der IWF im Gegenteil die Notlage von Staaten aus, um diese über die Politik der Verschuldung erbarmungslos ausbeuten zu können?

Im Gespräch mit Ernst Wolff, dem Autor des Buches «Weltmacht IWF», erhärtet sich der Verdacht, dass der Internationale Währungsfond eher als global handelnder Kredithai bezeichnet werden muss. Wem dieser Hai mit sogenannten Strukturanpassungsprogrammen Schaden zufügt, kann man längst auch in Europa erkennen. Aber wem nützt dieser Hai?



Ernst Wolff: Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs

(Link: http://antikrieg.com/aktuell/2014_09_29_ernstwolff.htm)

Ernst Wolff widmet sein Buch «den Menschen, die es nicht lesen können, weil der IWF ihnen den Besuch einer Schule verwehrt hat». Bereits auf den ersten Seiten weist er nach, dass die Gründung des IWF nicht etwa, wie von vielen behauptet, der Errichtung und Stärkung eines gesunden globalen Währungssystems diene. Vielmehr stand dieser ganz im Zeichen der Neuordnung der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Hauptziel seiner Errichtung war es, die Dominanz der neuen Weltmacht USA zu zementieren. (Sabine Feininger)

Ganz Europa gegen die dumme Merkel

Während Lügenkanzlerin Merkel den Deutschen immer noch vorgaukeln will, die wahnsinnige Masseneinwanderung werde «auf europäischer Ebene gelöst», ist klar, dass Merkel mal wieder die Unwahrheit sagt. Inzwischen werden ihre Wahnideen in ganz Europa abgelehnt. Gestern hat die polnische Ministerpräsidentin gezeigt, dass Polen den Merkelwahn nicht unterstützt. Heute sagt Frankreichs Ministerpräsident, dass Frankreich die von Merkel vorgeschlagene Quotenregelung ablehnt und höchstens 30.000 Fremde aufnehmen will, also weit weniger, als Deutschland in einem einzigen Monat (!!!) aufgenommen hat. Gleichzeitig stellen sich Länder wie Ungarn, Tschechien, Slowenien und andere gegen Merkels Politik. Grossbritannien lehnt diese Völker-

wanderung sowieso ab, Italien ist ebenfalls dagegen, Griechenland kann oder will keine wirkliche Lösung bieten und auch die übrigen europäischen Länder lehnen Merkels Politik ab. Nachdem Merkel auch in der Türkei nichts erreicht hat, ausser dass Deutschland mal wieder Milliarden bezahlen «darf», ist offenkundig, dass das Vertrösten auf eine «europäische Lösung» reiner Schwindel ist, mit dem die völlig gescheiterte Merkel Zeit gewinnen will bis nach den Wahlen. Es ist unerträglich, wie die unfähige Merkelregierung trotz ihres völligen Scheiterns immer noch so tut, als zeichne sich eine Lösung ab. Die ungewöhnliche Dummheit Merkels zeigt sich darin, dass sie ausgerechnet in dieser extrem schwierigen Lage weiterhin gegen Russland hetzt und damit zusätzliche Probleme schafft. Und dass die angebliche Griechenlandrettung in Wirklichkeit gescheitert ist und die Lage der Normalbürger in Griechenland sehr schlecht ist, rundet das Bild ab: wir haben die dümmste Bundesregierung der Nachkriegszeit und zusätzlich die verlogenste. Und jetzt kommt auch noch heraus, dass der Finanzgauner Schäuble, der noch vor kurzem geprahlt hat, wie toll Deutschland dastünde, nun durchblicken lässt, dass viele Milliarden im Haushalt fehlen. Kein Wunder, wenn man jährlich über eine Million von Fremden aus völlig anderen Kulturkreisen durchfüttern will, kostet das eben irrsinnige Beträge. Und dazu noch die Probleme durch Kriminalität bis hin zu Terrorismus und die wachsenden Verteilungskämpfe in allen Bereichen. Es lässt sich nicht mehr verbergen: die Merkelregierung hat riesigen Schaden angerichtet und steht nun ratlos, tatlos, charakterlos da. Kennzeichnend für die Unfähigkeit dieser elenden Bundesregierung ist das skandalöse Verhalten des gänzlich ungeeigneten Bundesjustizministers Heiko Maas: er redet ständig Unsinn, hetzt pausenlos «gegen rechts» und verschläft die hohe Ausländerkriminalität und die Gewalttätigkeit linksradikaler Verbrecher. Dieser Mann ist eine Schande für Deutschland und müsste so schnell wie möglich entlassen werden. Wer als Justizminister so einseitig ist wie Maas, wer keinerlei Objektivität hat, sondern sich als linksradikaler Agitator betätigt, hat in einem solchen Amt nichts zu suchen, sondern ist eher selber eine Gefahr für den Rechtsstaat. Kennzeichnend für die Unfähigkeit von Heiko Maas ist auch, dass er allen Ernstes bestreitet, es gebe eine Verbindung von Terror und Masseneinwanderung. In Wirklichkeit gibt es aus einer Vielzahl von Ländern Berichte, dass sich Terroristen als «Flüchtlinge» tarnen. Jeder Mensch mit klarem Verstand hat das schon lange befürchtet, aber Heiko Maas fehlt eben jeder politische Verstand.

Merkel will noch mehr deutsches Geld ins Ausland verschieben

Da Merkel überall gescheitert ist, versucht sie jetzt verzweifelt, mit Hilfe deutscher Steuermilliarden Unterstützung für ihre Politik im Ausland zu bekommen. Mal sagt sie Syrien Milliarden zu, mal der Türkei und heute hat sie dem Irak eine halbe Milliarde versprochen, getarnt als «Kredit», aber jeder weiss, dass dieses Geld nie zurückkommen wird, siehe Griechenland-Milliarden. Pikant an der Sache ist, dass Merkel ja ausgerechnet diejenige war, die seinerzeit den US-Kriegsverbrecher Bush bei seinem Angriff auf den Irak unterstützt hat. Abgesehen davon, dass Merkel schon damals frech gelogen und die Kriegslügen Bushs verbreitet hat, ist es ja gerade dieser von den USA angezettelte Irakkrieg, der die heutige grauenhafte Lage herbeigeführt hat. Was für ein Irrsinn in Merkels Politik: Zuerst den Krieg unterstützen und dann riesige deutsche Zahlungen veranlassen, um den von den USA angerichteten Schaden teilweise auszugleichen.

CDU-Generalsekretär Tauber rastet schon wieder aus

Nachdem CDU-Generalsekretär Tauber im Januar auf Facebook einen Kritiker, der auch Leser dieses Blogs ist, wörtlich als «Arschloch» bezeichnet hat, ist er jetzt schon wieder ausgerastet und hat einen Andersdenkenden als «Drecksnazi» bezeichnet. Es ist erschütternd, wie primitiv dieser CDU-Funktionär sich über Andersdenkende äussert, aber offensichtlich fehlt es ihm an sachlichen Argumenten. Wie heruntergekommen muss die Merkelpartei sein, dass ein solch offenkundig hirnloser und bösartiger Typ eine derartige Stellung in der CDU hat? Gäbe es in der CDU-Spitze noch Verstand und Anstand, dann müsste Tauber nach seinen mehrfachen Entgleisungen fristlos entlassen werden. Der Stil, in dem Tauber und Co. «diskutieren», ist zutiefst undemokratisch, weil er sich genau wie die grössenwahnsinnige Merkel einbildet, seine Meinung sei alternativlos. Wie grössenwahnsinnig muss dieser Tauber sein, wenn er sich einbildet, in dieser Weise sich über Andersdenkende äussern zu dürfen? Allerdings haben die ständigen Flegeleien von Tauber & Co. auch einen Vorteil: Wenn er in dieser Weise die Maske fallen lässt und sich als politischer Lummel betätigt, wirkt er auf nüchtern denkende Deutsche so abstossend, dass er damit der Merkelpartei noch mehr schadet.

Wie mit falschen Argumenten die Masseneinwanderung verharmlost wird

Mit allen Mitteln der Propaganda und Manipulation versuchen hirnarne deutschfeindliche Lügenpolitiker und Lügenjournalisten, uns die irrsinnige unkontrollierte Masseneinwanderung als etwas für uns Nützliches vorzugaukeln. Da ist es hilfreich, dass Hans-Werner Sinn (bekannt vom IfO-Institut) in der Wirtschaftswoche

(www.wiwo.de) einen Artikel geschrieben hat, der diese Scheinargumente widerlegt. Überschrift des Artikels: «Die sechs Denkfehler der deutschen Flüchtlingspolitik.»

In Deutschland geht es immer ungerechter zu

Dieser Tage konnte man lesen: Die Kluft zwischen arm und reich wächst auch in Deutschland. 10% der Haushalte haben mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Nun, die Milliardäre und Multimillionäre können sich bei dem Merkelregime bedanken, dass die Normalbürger immer mehr zugunsten der Superreichen ausgebeutet werden. Mal ist es die «Bankenrettung», bei der riesige Mengen an Steuergeldern an Spekulanten verschoben wurden, mal ist es Nachlässigkeit gegenüber Steuerhinterziehern, mal eine Steuergesetzgebung, die die Superreichen begünstigt und die normal Berufstätigen unverhältnismässig belastet. Hinzu kommt eine extrem ungerechte Erbschaftsteuer, durch die Riesenvermögen verschoben werden können, ohne dass nennenswert Steuern gezahlt werden. Das bedeutet, dass jemand, der reich erbt und nie arbeitet, wahrscheinlich reicher wird als jemand, der sein ganzes Leben lang schwer arbeitet. Und es kommt noch eine Schweinerei hinzu, auf die dieser Tage die «Wirtschaftswoche» hingewiesen hat (unter www.wiwo.de kann man den Artikel «Entmachtet die Notenbanken») nachlesen: Dadurch, dass die Notenbanken Europäische Zentralbank in der EU und die FED in den USA unvorstellbare Milliardenbeträge praktisch zinslos vergeben, unterstützen sie die Reichen, denn sie sind es ja, die das Geld von den Notenbanken bekommen, während Normalbürger leer ausgehen. Die Folge: Die Reichen können mit den so günstig bekommenen Krediten hemmungslos spekulieren, günstige Gelegenheiten nutzen und ihr ohnehin grosses Vermögen noch wertvoller machen. Ergebnis: die Reichen werden immer reicher, die anderen haben immer mehr Probleme. Und diese Entwicklung gibt es in verschiedenen Ländern. Was tut Merkel dagegen? Nichts, im Gegenteil; sie dient den Superreichen so wie sie in der DDR den Kommunisten gedient hat. Höchste Zeit, dass die Politik in Deutschland verändert wird und es mehr Gerechtigkeit gibt. Quelle: www.anti-merkel.de

Bewusst.TV Interview Feb 2016 – Thema: Asyl



11.2.2016 – Die Flüchtlinge – und wer sich noch alles darunter mischt ... Holger Strohm, Autor vieler Bücher, hat ein Buch zur Asyl- und Flüchtlingsthematik herausgegeben und unterhält sich mit Jo Conrad über die Absichten und Folgen.

Zusammenfassung:

Dr. Holger Strohm: Frau Merkel hat die unbegrenzte, unkontrollierte Überschwemmung des Landes mit Millionen Flüchtlingen im Alleingang verfügt. Laut Expertisen von Verfassungsrechtlern hat Frau Merkel dabei jegliches Gesetz gebrochen: Die einschlägigen Paragraphen, Verfassungsartikel, Strafvorschriften und sogar das Legalitätsprinzip. Bei solch einer schicksalshaften Entscheidung müssen das Parlament und das deutsche Volk entscheiden.

Doch uns hat keiner gefragt. Deutschland wird – neben anständigen Menschen – mit Zehntausenden Kriminellen, Kranken und Terroristen überflutet – mit aggressiven, sexuell-hungrigen, kampfgeprobten, kranken, schwer traumatisierten, jungen Männern –, die alle schnell reich werden wollen, ganz gleich wie.

Wir werden in einem Strudel einer Kriminalitäts- und Kostenwelle, die uns Billionen kosten wird, untergehen. Amerikanische und deutsche Experten prophezeien uns Staatsbankrott, extreme Verarmung, soziale Unruhen, hohe Kriminalitätsraten, Anarchie, Bürgerkrieg und Terrorismus. Die Asylantenflut wird unser aller Leben unvorstellbar verändern.

Wir werden in Zukunft ökonomisch ausbluten und von einer Kriminalitätswelle heimgesucht, die für uns noch unvorstellbar ist. In Asien und Afrika wurden Gefängnisse und Irrenanstalten geöffnet und die Insassen aufgefordert, nach Deutschland zu gehen – da gäbe es Geld umsonst. Sie wurden vom IS und der Mafia geschult, ihre Fingerabdrücke für 600 Euro weggeätzt und für 500 Euro mit syrischen Originalpässen versehen. Diese Menschen, die uns zutiefst verachten, haben nur ein Ziel: Schnell reich werden – ganz gleich wie. Viele Länder versuchen ihre kostspieligen Problemfälle nach Deutschland zu entsorgen. Ob traumatisierte, afrikanische Kindersoldaten, kriminelle Roma-Banden und Araber-Clans, organisierte Drogenbanden oder radikale IS-Terroristen, alle werden mit «refugees welcome» begrüsst. Derweil schleusen Mafia und IS monatlich Zehntausende der radikalsten Muslime nach Europa als Basis für Menschen-, Rauschgift- und Waffenhandel.

Wollen wir das? Wollen wir uns weiter entmündigen lassen und mit falschen Meldungen, Umfragen und unwahrer Propaganda abfertigen lassen? Wer sich wehren will, muss sich zuerst informieren, schlau machen, um

besser argumentieren und sich engagieren zu können. Strohm bietet eine Fülle von Fakten, um die Problematik kompetent in allen Aspekten zu betrachten. Zudem ist das Buch gut strukturiert, übersichtlich und leicht verständlich.

Quelle: <http://www.holgerstrohm.com/?q=asyl-buch>

Wir danken Bewusst TV für die Bereitstellung des Videos und für das Interview!

www.bewusst.tv

Weiterführendes:

Artikel: <http://quer-denken.tv/index.php/2070-holger-strohm-asyl>

ASYL - Neues Buch von Holger Strohm

<http://schildverlag.de/books/asyl>

Geplante Flüchtlingswelle: Buch *«Weapons of Mass Migration»* von Kelly M. Greenhill. In deutscher Übersetzung: *«Massenmigration als Waffe»*, Kopp Verlag, Januar 2016, ISBN 978-3864452710.

Quelle: <http://www.holgerstrohm.com/?q=bewusst-tv-asyl-interview>

USA predigen den medialen Vernichtungskrieg gegen Russland

13.02.2016 • 08:30 Uhr



Quelle: Reuters

US-Geheimdienstdirektor James Clapper warnt den US-Kongress vor der *«medialen russischen Gefahr»* und setzt diese mit dem IS und nord-koreanischen Atomraketen gleich.

In den USA gehört es schon zur Tradition, den Kongressabgeordneten mit der *«Kreml-Propaganda»* einen Schrecken einzujagen. Wie den Kindern hierzulande mit dem Knecht Ruprecht. Doch im Unterschied zu den Senatoren und Kongressmitgliedern werden die Kinder erwachsen und erfahren irgendwann, dass es in Wirklichkeit gar keinen Knecht Ruprecht gibt ...

Von Ilja Ogandschanow

Erst kürzlich wurde erneut im US-Kongress die Gefahr, die angeblich von den russischen Medien ausgeht, thematisiert.

Bei der jüngsten Anhörung im US-Kongress hat der Geheimdienstdirektor der USA, James Clapper, Russland vorgeworfen, einen *«Informationskrieg»* gegen den Westen zu führen und ihn *«diskreditieren»* zu wollen. Dabei stellte er die Gefahr, die angeblich von den russischen Medien ausgeht, potentiellen Anschlägen der Terrormiliz *«Islamischer Staat»* in den USA und Europa sowie der Aufstockung des nordkoreanischen Atompotenzials

gleich. Die Gefahrstufe ist extrem hoch. Womit sollen denn die russischen Medien den Chef einer solch einflussreichen Behörde so alarmiert haben?

Übung macht den Meister

«Russland fährt fort, den Grad des Informationskrieges zu steigern, indem es daran arbeitet, die antiamerikanischen und anti-westlichen Stimmungen sowohl in Russland als auch weltweit anzufachen. Moskau wird auch weiterhin falsche und irreführende Informationen veröffentlichen und dadurch versuchen, den Westen zu diskreditieren, und das Informationsbild, das dem Image Russlands schadet, zu stören bzw. zu entstellen, das westliche Einvernehmen in Bezug auf Russland zu untergraben und die Rolle Russlands als verantwortungsvolle und führende Grossmacht zu verteidigen.»

So Clapper gegenüber dem US-Kongress.

Aus dem Bericht des Chef-Geheimdienstlers der USA werden die Kongressleute wohl im Grossen und Ganzen nichts Neues erfahren haben. Das alles wurde ihnen mehrmals in unterschiedlichen Variationen aufgetischt. Bereits 2011 hatte Hillary Clinton bei einer Anhörung im Kongress erklärt, dass sich die Vereinigten Staaten in einem Informationskrieg befinden. Damals war auch der Erzfeind bestimmt worden:

«Wir sind in einem Informationskrieg. Und wir verlieren diesen Krieg. Ich sage das frank und frei. Die Russen haben ihren englischsprachigen TV-Sender in Betrieb genommen. Ich habe ihn bereits in einigen Ländern gesehen und finde ihn recht interessant.»

Es ist leicht zu erraten, dass die Rede von «Russia Today» war.

Das alte Lied über den «recht interessanten» und «äusserst gefährlichen» russischen Fernsehkanal wächst sich zu fantastischen Gerüchten aus. Für mehr Plausibilität führt man unwiderlegbare Beweise für die «jesuitische Methode» an, mit der die Russen den Informationskrieg führen wollen. So fand im April 2015 im Aussenkomitee des US-Repräsentantenhauses eine Anhörung zum Thema «Wie man sich der Nutzung von Informationen als Waffe durch Russland widersetzen kann» statt. Daran beteiligte sich auch die frühere RT-Moderatorin Liz Wahl, die vor laufenden Kameras und viel Tamtam die Tür hinter sich zugeschmissen hatte. Mit dem Elan einer jungen Komsomolzin geisselte sie vor der ehrbaren Versammlung den Sender, wo sie noch nicht lange her erfolgreich gearbeitet hatte, und warf RT Faktenverdrehungen, Finanzierung vonseiten Putins und andere Sünden vor.

Später sollten jedoch unangenehme Umstände des «freiwilligen Abschieds» dieser Vorkämpferin für Wahrheit und Pressefreiheit auftauchen. Es stellte sich heraus, dass das mit «Sich amerikanisch empfehlen» betitelte Spektakel gut vorbereitet und womöglich auch gut bezahlt war. Laut einer unabhängigen Untersuchung der Washingtoner Zeitung «Truthdig» sollen hinter diesem medienstarken Abschied Neokonservatoren gesteckt haben. Darauf folgten weder Entschuldigungen noch Dementis. Wozu auch? Die mediale Verleumdung war ja schon getätigt worden. Der Rest ist nebensächlich. Die Glaubwürdigkeit der Tatsachen schert im Westen offensichtlich niemanden. Hauptsache ist, dem Publikum Angst einzujagen.

Einer der Meister in diesem «Horror»-Genre ist Matthew Armstrong, Mitglied des Rundfunkdirektoriums (Broadcasting Board of Governors, BBG). In seiner Rede vor dem US-Kongress im Oktober 2015 stellte er die «russische Propaganda» der Terrormiliz «Islamischer Staat» gleich und pries den ihm unterstellten Radiosender «Voice of America» im «Widerstand gegen Informationsentstellungen».

Der mediale Weltkrieg erreichte seinen Höhepunkt während der Ukraine-Krise. Man höre sich nur das Thema der Anhörungen im Aussenkomitee des US-Senats im November vergangenen Jahres an: «Putins Invasion in die Ukraine und die Europa gefährdende Propaganda». Das klingt teuflisch. Das Problem ist allerdings, dass die Vereinigten Staaten diesen Krieg bisher verlieren. Auf die Frage des Senators Ron Johnson, wo sich die USA auf der 10-Punkte-Skala befänden (10 Punkte entsprechen den wirksamsten Mitteln des Kalten Krieges), antwortete der Vizepräsident des Zentrums für Strategische und Internationale Studien der USA (CSIS), Heather Conley, Folgendes:

«Ich glaube, man kann uns zwischen Punkt 3 oder 4 einstufen, während der Sender RT – Punkt 7 oder 8 erreicht. Uns steht ein langer Weg bevor, bis wir genauso allgegenwärtig und einflussreich werden, wie das moderne Russland.»

Eisernes Argument

Was tun? Diese ewige Frage der russischen Intellektuellen stellen sich nun auch die US-Denker. Den Kongressleuten werden verschiedene «Varianten der Reform des US-Auslandsrundfunkes» angeboten, für die exorbitante Ausgaben gefordert werden. Der Nationale Geheimdienstdirektor und seine Kollegen, die auf dem Kapitol Rede und Antwort stehen, deuten bei jeder Gelegenheit an, dass die Feder und das Bajonett eigentlich dasselbe seien.

Ihr eisernes Argument: Die Russen würden im Medienkampf führen, deswegen brauchten die US-Geheimdienste mehr Geld, um sie zu bekämpfen. Sollten die erforderlichen Mittel ausbleiben, liesse sich die globale Katastrophe nicht vermeiden. Kurzum: Die Gefahr ist so gross, dass man die schon ohnehin immense Finanzierung um das Mehrfache aufstocken soll.

Im Januar 2016 erklärte der BBG-Vorsitzende Jeffrey Shell in einem Interview für die «Washington Times», dass die US-Regierung nur einen Bruchteil der Etats ausbehalte, über die die Gegner der Behörde verfügten. Unter den wichtigsten Widersachern des BBG nannte Shell den Sender RT. Das Blatt selbst merkte übrigens an, dass die Tätigkeit von RT bei einer geringeren Finanzierung (in Höhe von 307 Millionen US-Dollar im Jahr) viel zielgerichteter und effizienter sei. Es sei am Rande bemerkt, dass der BBG-Etat für 2015 mehr als doppelt so gross wie der von RT ist – 721 Millionen US-Dollar. Dabei sollen die US-Behörde Heather Conley zufolge doppelt so schlecht arbeiten.

Allem Anschein nach wird das BBG wohl ein neues Geschäftsprojekt mit dem Titel «Informationskrieg gegen die russische Propaganda» erfunden haben. Um es in die Tat umzusetzen, muss man den schon ohnehin erschrockenen Kongressleuten noch mehr Angst und Bange einjagen, um ihnen noch mehr Geld zum Kampf gegen das teuflische mediale Übel abzutrotzen. Das Projekt ist unbefristet, denn das Böse wird immer schlimmer und will mit mehr Geld bekämpft werden. Das Modell ist so schlicht wie genial.

Alle Mittel sind recht

Auf der Jagd nach einer grösseren Finanzierung sind natürlich alle Mittel recht. Und unsere westlichen Kollegen genieren sich nicht, selbst zu verwerflichsten Mitteln zu greifen. Wir sind entstellte Fakten und unverfrorene Lügen schon lange gewohnt. So war es zum Beispiel 2008, als der Beschuss auf die südossetische Stadt Zchinwal durch Georgien für eine russische Aggression ausgegeben wurde; oder als man uns Märchen über den von einfachen Ukrainerinnen und Ukrainern geleisteten demokratischen Durchbruch und die völlig legitime «revolutionäre Aktivität der Massen» erzählte, während auf dem Maidan Autoreifen brannten, Polizisten mit Brandflaschen beworfen wurden und unbekannte Heckenschützen aus Fenstern schossen; oder als man uns das Offensichtliche verweigerte und zynisch zu glauben zwang, dass die Opfer der Tragödie von Odessa sich selbst im Gewerkschaftshaus verbrannt hatten; oder als man im Fall der abgeschossenen malaysischen Boeing keine Beweise lieferte, weil das State Department schon ohnehin die Wahrheit wüsste. Und so weiter und so fort.

Die Liste solcher hohen Standards des freien Journalismus lässt sich noch weiter fortsetzen. Im Oktober 2015 rief der ehemalige Assistent des US-Aussenministers für Demokratie, David Kramer, in der «Washington Post» auf, sämtliche RT-Aktiva «im Zusammenhang mit beiden Gerichtsurteilen einzufrieren, die gegen Russlands Regierung im Fall der Erdölgesellschaft YUKOS» gefällt worden waren. Jüngst ging der ehemalige US-Beamte noch weiter, indem er forderte, solche russischen Medien wie RT und Sputnik ohne Weiteres zu schliessen. «Nicht wegen der Inhalte, die sie veröffentlichen, sondern wegen ihrer Finanzierungsquellen.» Billig, aber effizient: Dichtmachen statt konkurrieren! Kein Sender, kein Problem. Das kommt uns irgendwie bekannt vor ... Ein Vorbild an Demokratie, nicht wahr? Es naht wohl die Stunde, wo die westlichen Medien plakativ warnen werden: «Andere Meinung haben ist streng untersagt!»

Die Macht der Tatsache

Es liegt auf der Hand, dass der Westen sein Monopol auf die Information einbüsst. Die westlichen Medien verlieren den von ihnen angezettelten Informationskrieg an allen Fronten und räumt das ehrlich ein, jedoch nicht ohne ganz hysterisch zu sein. Nach der Meinung des Beamten des US-Aussenministeriums William Stevens verstehe Moskau soziale Netzwerke zu seinen Zwecken perfekt auszunutzen. «RT hat Google gehackt», sagte er und wies darauf hin, dass die Suchmaschine die populärsten Nachrichtenfragen eben auf die RT-Seite verlinkt.

Im Januar 2016 bezeichnete der Vizepräsident der Stiftung zur Unterstützung der Demokratie (NED), Christopher Walker, in einem Bericht den Sender RT als eine der Hauptbedrohungen für die Vereinigten Staaten. «Eine lange Zeit kümmerte sich der Westen nicht wegen autoritärer internationaler Medien», gab er zu. «Doch später wurde klar, dass solche Medien wie der chinesische Sender «CCTV» oder der russische «RT» die Zuschauerschaft real beeinflussen können.» Walker nannte RT autoritär. Gleichzeitig fand er, dass BBC und Deutsche Welle, die zum Teil oder ganz aus dem Haushalt der jeweiligen Länder finanziert werden, «im Einklang mit dem grundlegend anderen Wertesystem» arbeiteten. Und das heisst keine doppelten Standards!

RT Deutsch bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Tags: Geheimdienste, Medien, RT, Russland, USA

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/36780-usa-predigen-medialen-vernichtungskrieg-gegen/>

US-Kampfflugzeuge bomben Aleppo – aber in Westmedien wird «der Russe» dafür verantwortlich gemacht

11.02.2016 • 13:26 Uhr



Quelle: Reuters

US-amerikanische Fairchild-Republic A-10 Thunderbolt II (deutsch Donnerkeil), unter Piloten auch Warthog (Warzenschwein) genannt, bombardierten am Mittwoch die syrische Metropole Aleppo, doch für Westmedien war «der Russe» dafür verantwortlich.

Kampfflugzeuge der US Air Force vom Typ A-10 Thunderbolt II haben am Mittwoch Luftangriffe auf die syrische Metropole Aleppo durchgeführt und dabei mindestens neun Einrichtungen zerstört. Am selben Tag beschuldigte das Pentagon Moskau der Bombardierung von zwei Krankenhäusern in Aleppo, obwohl es nachweislich an diesem Tag keine russischen Kampfeinsätze über der Stadt gab. In Westmedien werden die Zerstörungen in Aleppo nichtsdestotrotz der russischen Luftwaffe in die Schuhe geschoben.

«Gestern [Mittwoch] um 13:55 Moskauer Zeit [10:55 GMT] sind zwei amerikanische A-10 Angriffsflugzeuge aus der Türkei kommend in den syrischen Luftraum eingedrungen, flogen direkt zur Stadt Aleppo und bombardierten dort mehrere Ziele.»

So der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow gegenüber Pressevertretern am Donnerstag.

Konaschenkow verwies auch darauf, dass Pentagon-Sprecher Colonel Steven Warren russische Kampfflugzeuge beschuldigte, angeblich zwei Krankenhäuser in Aleppo bombardiert zu haben.

«Nach seinen Worten wurden mehr als 50 000 Syrier angeblich lebenswichtiger Dienstleistungen beraubt», sagte Konaschenkow und wies darauf hin, dass Warren «vergass», die Koordinaten von Krankenhäusern oder die Zeit der Luftangriffe oder auch nur seine Informationsquellen zu erwähnen. «Absolut nichts.»

«Keine russischen Kampfflugzeuge griffen gestern in Aleppos Stadtgebiet an. Das nächste [von Russland] angegriffene Ziel war mehr als 20 Kilometer von der Stadt entfernt,» betonte Konaschenkow und fügte hinzu, dass im Gegenteil Flugzeuge aus der US-geführten Anti-IS-Koalition über Aleppo aktiv waren, «Flugzeuge und Drohnen [UAVs].»

Befragt zu den konkreten Angriffszielen der US-amerikanischen Luftwaffe in Aleppo erklärte Konaschenkow: «Ich werde ehrlich mit Ihnen sein: Wir hatten nicht genug Zeit, um zu klären, was genau diese neun Objekte waren, die gestern von US-Flugzeugen in Aleppo ausgebombt wurden. Wir werden es uns noch genauer anschauen.»

Am Mittwoch hatte Colonel Steve Warren, Sprecher der US-Operation Inherent Resolve, am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz des Pentagon behauptet:

«Die Situation in und um Aleppo wird aus unserer Sicht immer schlimmer. [...] Mit der Zerstörung der beiden wichtigsten Krankenhäuser in Aleppo durch russische Angriffe und die der Regierung sind mehr als 50 000 Syrer jetzt ohne jeden Zugang zu lebensrettender Hilfe.»

Warren fügte hinzu, dass «es wenig oder gar keinen IS in der Gegend von Aleppo gibt, also sind sie gewissermaßen, zu diesem Zeitpunkt, separate Kämpfe.»

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums verwies auf die Ähnlichkeit der Situation mit den amerikanischen Luftangriffen auf das von «Ärzte ohne Grenzen» (MSF) geführte Krankenhaus in Kunduz, Afghanistan, und die US Bombardierung der Positionen der irakischen Armee in Falludscha.

«Zuerst bringen sie unbegründete Anschuldigungen gegen uns vor – um die Schuld von sich abzulenken. Wenn es so weitergeht, werden wir bald zwei Medienbriefings machen: Eins für uns, ein weiteres für diese Koalitionstypen», sagte Konaschenkow.

Westliche Länder haben bisher keine Informationen zu Terroristen in Syrien mit Moskau geteilt, obwohl sie russische Karten mit markierten Positionen von Terroristen akzeptierten, so der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums.

«Jetzt kritisieren sie uns und sagen, dass wir falsch fliegen und die falschen Orte bombardieren. Sollten wir ihnen weitere Karten schicken?» fragte Konaschenkow.

Er erinnerte daran, worauf das russische Verteidigungsministerium schon früher hingewiesen hatte – je mehr Terroristen Russland eliminiert, desto mehr wird es wahlloser Luftangriffe beschuldigt:

«Schaut man sich an, wie westliche Medien Informationen präsentieren, sieht es so aus, als ob die Städte, die nicht von der syrischen Regierung kontrolliert werden, voll friedlicher Opposition und Menschenrechtsaktivisten wären.»

Das russische Verteidigungsministerium und seine Partner in Syrien arbeiten mit einem mehrstufigen System der Aufklärung durch mehrere Nachrichtendienste sowie mit «zweifelsfreier Ziel-Anvisierung».

Weiter erläuterte Konaschenkow, dass alle Luftangriffe erst nach wiederholten Überprüfungen eines Ziels ausgeführt werden, um zivile Opfer zu vermeiden. Konaschenkow sagte, dass entsprechende Informationen auch von den bewaffneten Einheiten der syrischen Opposition kommen.

Konaschenkow beschuldigt westliche TV-Kanäle, sie würden die Ruinen der Stadt Aleppo, die lange bevor die russischen Luftwaffe nach Syrien kam, verwüstet wurden, als die Ergebnisse kürzlicher russischer Luftangriffe präsentieren.

«Ein erfahrener Orchestrator hat seine Hand im Spiel. Die offensichtliche Tendenz ist, angebliche Sünden Russlands herauszuposaunen und über die «Wirksamkeit» der US-geführten Anti-ISIS-Koalition in Syrien zu schweigen.»

Die russische Luftwaffe hat vom 4. bis 11. Februar über 500 Einsätze durchgeführt und dabei fast 1900 terroristische Einrichtungen in Syrien in den Provinzen von Aleppo, Latakia, Hama, Deir Ez-Zor, Homs, Al-Hasaka und Raqqa zerstört.

<https://deutsch.rt.com>

«Wir haben eine ganz gefährliche Person an der Staatsspitze ...

14. Februar 2016 dieter

... die dabei ist, das Rechtssystem aufzulösen.»

Dieses Zitat stammt von dem Autor Gerhard Wisnewski. Wenn ich mir die zehnjährige Amtszeit von Frau Merkel anschau, muss ich Herrn Wisnewski voll und ganz zustimmen.

Auch wenn das Propagandaministerium (ARD/ZDF, BLÖD u.a. Schrott-Medien) noch immer Frau Merkel als die Göttin Deutschlands präsentieren, ist ein nicht unerheblicher Volksteil inzwischen ganz anderer Meinung. In vielen Blog-Kommentaren ist zu lesen, dass Frau Merkel nicht mehr tragbar ist und gegen sämtliche Gesetze verstößt.



Merkel MUSS weg – und zwar ganz schnell. Frau Merkel hat die Demokratie abgeschafft. Anzeigen wegen Hochverrat gegen Frau Merkel werden von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Hier eine Version, wie Herr Wisnewski nach einem kritischen Beitrag von dem Propagandaministerium abserviert wurde.

«Wisnewski war Autor des Films ›Aktenzeichen 11. 9. Ungelöst‹, der am 20. Juni 2003 im WDR ausgestrahlt wurde. Den Film, der eine ›alternative Deutungsmöglichkeit‹ zu den dort präsentierten ›populärsten verschwörungstheoretischen Behauptungen‹ zum 11. September 2001 ›nicht einmal ansatzweise‹ zulasse, hat Tobias Jaecker dem antiamerikanischen Diskurs zugeordnet. Der Spiegel wies Wisnewski im September 2003 nach, dass er in diesem Film und dem zugrundeliegenden Buch eine Aussage des Interview-

partners Ernie Stull manipuliert hatte. Der WDR kündigte Wisnewski und seinem Koautor Willy Brunner daraufhin die Zusammenarbeit auf.» (wikipedia).

Wer glaubt, dass er bei Wikipedia die Wahrheit findet, der findet sie garantiert auch bei den Atlantiker-Medien ARD/ZDF und sonstigen TV- und Printmedien.

Schauen Sie sich bitte unbedingt das Interview mit Herrn Wisnewski an und entscheiden Sie, wem Sie mehr glauben. Dem Merkel-Regime und ihrem Propagandaministerium oder Herrn Wisnewski u.a. investigativen Medien.

Gerhard Wisnewski: Verheimlicht – vertuscht – vergessen – die Angst vor einem kritischen Bestseller

Gerhard Wisnewski im Gespräch mit Michael Friedrich Vogt. Es ist bekannt, dass ›verheimlicht – vertuscht – vergessen‹ eine der wenigen Quellen für alternative und schonungslos wahrheitsorientierte Recherchen ist, die sich nie vom Mainstream hat korrumpieren lassen oder sich an diesen angebedert hat. Als jährliche Buchreihe ist es seit nunmehr fast zehn Jahren für viele unverzichtbar geworden, um ein korrigiertes Weltbild zu gewinnen und die Ereignisse des letzten Jahres besser einzuordnen, ohne dass hier der Anspruch auf die letzte Wahrheit erhoben werden kann.

Bestsellerautor Gerhard Wisnewski staunte nicht schlecht, als er seine aktuellste Ausgabe nach zehnjähriger, guter Zusammenarbeit plötzlich nicht bei seinem Verlag publizieren konnte. Der Verlag hatte die Entstehung des Buches die ganze Zeit begleitet und war über den Inhalt jederzeit im Bilde. Kurz vor Fertigstellung erklärte er aber, das Buch nicht drucken und sogar alle Bücher Wisnewskis aus dem Programm nehmen zu wollen. Gesprächsangebote des Autors führten zu nichts.

Ein Rechtsstreit Mitte Dezember 2015 führte dann zur einvernehmlichen Trennung von Autor und Verlag. Stein des Anstosses war wohl, dass Wisnewski sich im neuen Buch zur Flüchtlingskrise äusserte. Ein absolutes No Go für einen Verlag, welcher mit grossen Auflagen weiterhin im Geschäft bleiben will, politisch korrekt, versteht sich.

Dieses Gebaren hat man in jüngster Zeit auch bei anderen Autoren erlebt. Sie werden abgeschoben, ihre Bücher fliegen restlos aus dem Programm. Nach Akif Pirinçci, von Springers BZ ›die Ekel-Feder‹ getauft, traf es Matthias Matussek. Der setzte nach den (jüngsten) Pariser Terroranschlägen ein politisch inkorrektes Smiley unter seinen Facebook-Kommentar. Schon traf ihn der rasende Zorn unserer Meinungs-Blockwarte.

Matussek flog erst aus der Redaktionskonferenz der Welt – danach schossen ihn gleich die ganze Springer-Welt und der Medien-Mainstream in den Orbit. So etwas genügte Ende 2015 bereits, um kaltgestellt zu werden. Wer im hohen Bogen aus seinem Verlag fliegt, gilt in der Branche als Aussätziger. Das kommt einem Berufsverbot gleich.

Für die Veröffentlichung von ›Verheimlicht – Vertuscht – Vergessen 2016‹ ist kurzerhand der KOPP Verlag eingesprungen, welcher sich bereits über die Einnahmen freut, welche nun dem ehemaligen Verlag Knauer/Droemer entgehen.

Inhalte aus dem Buch: Ob wir wirklich einen Fachkräftemangel haben; Die wahren Hintergründe der Flüchtlingskrise; Wie die Migrationswaffe in Stellung gebracht wurde; Wie Deutschlands und Europas Bevölkerung ausgetauscht werden soll; Warum die UNO Vertriebene für ihre Migrationspolitik braucht und vieles andere mehr.

Website: <http://www.wisnewski.de>

Quelle: <http://krisenfrei.de/wir-haben-eine-ganz-gefaehrliche-person-an-der-staatsspitze/>

Kerrys krasse Lügen in München

Montag, 15. Februar 2016, von Freeman um 10:00

Die UN-Sicherheitskonferenz in München war wieder die Bühne für die Oberlügner und Kriegshetzer der Welt. Bis auf einen, den russischen Ministerpräsident Dmitri Medwedew. Er war der einzige, der die Wahrheit über den Zustand der Welt und den Konflikt im Nahen Osten äusserte. So wie Präsident Putin es damals 2007 dargestellt hat. US-Aussenminister John Kerry, (sein Name ist schon erlogen, denn in Wirklichkeit heisst seine Familie ursprünglich Kohn) wiederholte seine alten Lügen, um die schon lange völlig diskreditierte US-Politik zu rechtfertigen. Eine Agenda, welche die Welt in gewaltsamer Geiselhaft hält. Seine unaufrichtigen, hinterlistigen und völlig erlogenen Behauptungen über die amerikanischen «demokratischen Werte ... von Freiheit, Anständigkeit und Gerechtigkeit» täuschte niemanden.



Er äusserte Washingtons «unerschütterliche Unterstützung» gegenüber dem von den USA installierten faschistischen Regime in der Ukraine – gleichzeitig kritisierte er die nicht existierende «Aggression Russlands» und schob die Schuld für das Versagen der Minsk-Vereinbarung auf unverantwortlicher Weise alleine auf Moskau.

Dabei sind es die Kriegshetzer in Washington, Brüssel und Kiew, welche den Konflikt im Osten der Ukraine ständig am Köcheln halten, indem tagtäglich Mörser und Granaten auf die Zivilbevölkerung von Donbass abgefeuert werden. Der von den USA ausgelöste Konflikt kann jederzeit zu einem Krieg ausarten und Kiew dazu missbraucht werden, als Proxy die Drecksarbeit zu erledigen.

Die Ukraine ist aus jedem Blickwinkel betrachtet ein «gescheiterter Staat», wo eine immens korrupte Bande von Faschisten das Sagen hat, die von den Menschen verachtet und gehasst wird, weil sie einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Die Infrastruktur ist völlig kaputt, die Lebenshaltungskosten sind astronomisch, die Arbeitslosigkeit und Armut grassieren flächendeckend.

Alle Grundrechte sind dort abgeschafft – nur die Drohungen Washingtons gegenüber den Gläubigern und die Hilfgelder des IWF vereiteln alleine den Zusammenbruch des Landes. Wie lange noch, werden wir sehen. Die einzigen, die von diesem Chaos profitieren, sind die Oligarchen mit «zwei Pässen», die das Land ausplündern und ausrauben.

Kerry hat auf unverschämte Weise den geheutelten Kampf der Vereinigten Staaten gegen «den gewaltsamen Extremismus» betont. Er sagte, Washington sei «entschlossen Daesh (ISIS) zu besiegen.» Dabei sind ISIS und andere Terrorgruppen direkt von den USA erschaffen worden und werden als «imperiale Klonkrieger» eingesetzt.

«Wir verfolgen ihre Kämpfer», fügte Kerry hinzu. Dabei haben die US-Streitkräfte seit zwei Jahren in Syrien und Irak nur die Infrastruktur der Länder und die der irakischen und syrischen Regierungen bombardiert und als Ziel gehabt. Die ISIS wird damit unterstützt und nicht bekämpft. Alle Terrorgruppen, die in Syrien und Irak operieren, existieren nur, wegen der massiven Militärhilfe aus dem Ausland. Ohne das würden sie sofort zusammenbrechen und verschwinden.

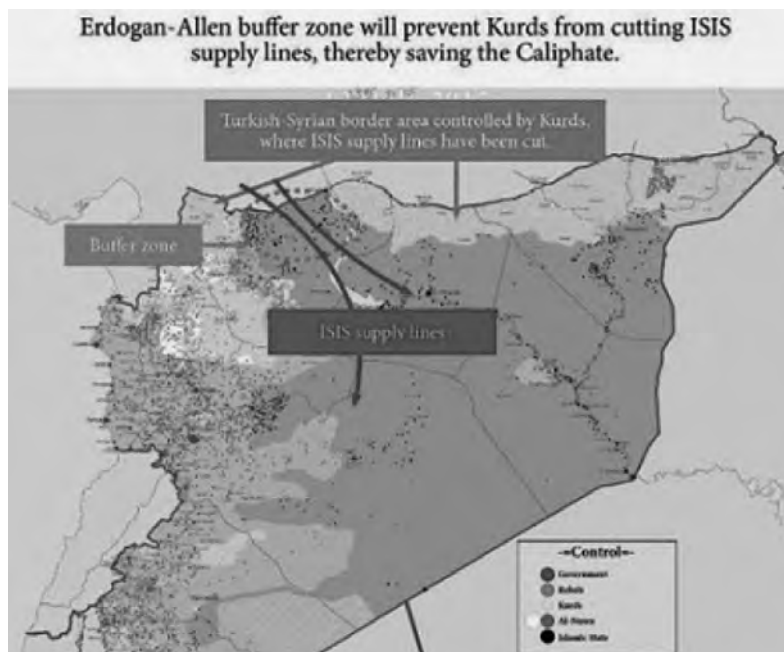
Washingtons gnadenlose und menschenverachtende Kriegspolitik, zusammen mit den NATO-Partnern, mit Saudi Arabien und den anderen arabischen despotischen Diktaturen, sowie mit Israel, gefährden den Weltfrieden. Sie sind zusammen für die grösste humanitäre Krise seit dem II. Weltkrieg verantwortlich. Millionen sind deswegen getötet und noch mehr Millionen in die Flucht getrieben worden.

Die Tatsachen werden völlig auf den Kopf gestellt, indem Kerry Präsident Assad und Russland für die Katastrophe verantwortlich macht. Seine Aussage, Amerika sei verpflichtet **«die Gewalt und das Blutvergiessen zu beenden»**, steht im krassen Gegensatz zu dem, was wirklich angerichtet wird; endlose Kriege, Genozid an den Bevölkerungen des Irak und Syrien, ungeheuerliche Zerstörung und unbeschreibliches Leid.

Der einzige, der in München diese Wahrheiten aufzeigte, war der russische Ministerpräsident Medwedew. Man befinde sich in einem **«neuen Kalten Krieg»**, in dem Russland vom Westen als Hauptgefahr dargestellt werde. Medwedew sprach von einer **«Abschreckungsdoktrin»** der NATO, die sich vor allem gegen sein Land richte. Zur Erinnerung, es war Obama, der den Begriff **«Kalter Krieg»** als erster wieder in die US-Aussenpolitik einführte. Medwedew verteidigt das Engagement Moskaus für die syrische Regierung. Syrien sei einmal ein säkularer Staat gewesen, in dem die Religionen friedlich miteinander gelebt hätten. **«Ist alleine Assad an der heutigen Situation Schuld?»**, fragt er die Zuhörer im Saal. Die Einmischung von aussen habe die Lage dramatisiert. **«Alle Regierungschefs im Westen haben mir gesagt: Assad muss weg.»**

Diese völlige Arroganz des Westens, selbstherrlich bestimmen zu können, wer in welchem Land regieren darf, führt zu den ganzen weltweiten Konflikten. Hier ein Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten, wie in der Ukraine, dort ein Krieg mit Terroristen als Stellvertreter, wie in Libyen und Syrien. Demokratie vortäuschen, aber gewaltsame Umstürze tatsächlich durchführen.

Dabei habe man doch einen gemeinsamen Feind: Den Terrorismus. Der sogenannte **«Islamische Staat»** und andere islamistische Terrorgruppen hätten mit dem Islam nichts zu tun, ihnen gehe es nur um ihre **«animalischen Tötungsinstitute»**, sagte Medwedew. Jetzt wo die ISIS zurückgedrängt wird und Aleppo und andere Orte von der dreijährigen Terrorherrschaft befreit werden, geraten die Kriegshetzer in Panik.



Das gelbe Gebiet auf der Karte entlang der Grenze zur Türkei wird von der kurdischen Miliz gehalten. Dazwischen sieht man den schwarzen Korridor, über den die Terroristen von der Türkei aus versorgt werden. Blau eingekreist ist das aktuell umkämpfte Gebiet von Azzaz, wo die türkische Armee mit Artillerie schon seit drei Tagen reinschiesst.

Die Türkei und Saudi Arabien sehen ihre Felle davonschwimmen, das heisst, ihren Einfluss in Syrien durch die von ihnen unterstützten Terrorgruppen schwinden. Ihr Albtraum ist es, wenn Damaskus die Kontrolle über ganz Syrien zurückgewinnt. Deshalb drohen beide Länder mit einem Truppeneinmarsch, was eine krasse Verletzung der Souveränität Syriens und ein Kriegsgrund wäre.

Die Türkei hat am Samstag bereits begonnen, Stellungen der kurdischen Miliz auf syrischer Seite mit Artillerie zu beschliessen. Dabei sind die Kurden als YPG, neben der syrischen Armee, die einzigen, die am Boden die Terroristen bekämpfen. Daran sieht man, wie doppelzüngig Ankara vorgeht und tatsächlich die ISIS unterstützt.

Am Sonntag hat das syrische Aussenministerium einen Protestbrief an UN-Chef Ban Ki-moon gesendet, in dem Ankara wegen des Artilleriebeschusses scharf kritisiert wird. Die syrische Regierung ruft darin die UN auf, Massnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit zu gewährleisten und «den Verbrechen des türkischen Regimes ein Ende zu setzen».

Am Sonntag hat auch der stellvertretende Stabschef der iranischen Streitkräfte, Brigadegeneral Massoud Jazzayeri betont, der Iran werde sich dem Einsatz von fremden Truppen in Syrien widersetzen und er sagte, Teheran werde es keinem erlauben, der nicht von der legitimen Regierung in Damaskus eingeladen sei, in Syrien militärisch zu agieren.

«Wir werden die Situation in Syrien nicht ausser Kontrolle geraten lassen, damit irgendwelche Schurkenstaaten ihre Politik implementieren. Wenn notwendig, werden wir entsprechende Entscheidungen treffen», sagte Jazzayeri.

Er betonte die iranische Unterstützung der russischen militärischen Hilfe für Syrien im Kampf gegen den Terror, und fügte hinzu, Teheran und Moskau koordinieren ihre politischen und militärischen Massnahmen was Syrien betrifft.

Wir sehen, was sich zusammenbraut ist ein Pulverfass. Wenn die Türkei und Saudi Arabien tatsächlich in Syrien mit Soldaten eingreifen, um ihre ISIS vor der Vernichtung zu retten, dann wird ein grosser Krieg ausgelöst, dann kommt es zum Zusammenstoss der NATO mit Russland und Iran.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/02/kerrys-krasse-lugen-in-munchen.html>

70 Jahre Fremdherrschaft

14. Februar 2016 Der Troll von Germania

Der Schein trügt: Der Beschluss der Vereinigten Staaten, eine mögliche russische Hilfe für anti-europäische Parteien zu untersuchen, zielt nicht darauf ab, die Europäer gegen ausländische Einmischung zu schützen. Es ist eher das Gegenteil. Seit 70 Jahren kontrolliert Washington die westeuropäische Politik und verhindert jegliche Form von wahrer Demokratie.

Re-Posting

Russlands angebliche verdeckte Finanzierung «linker» politischer Parteien in Europa

von Andrey Fomin (erschienen bei voltairenet.org und [pfiffikus](http://pfiffikus.com))

Laut einem «sensationellen» Artikel der britischen Tageszeitung The Telegraph [1] wurde der oberste Geheimdienstchef der USA, der Director of National Intelligence James Clapper, vom Kongress angewiesen, umfangreiche Ermittlungen im Zusammenhang mit der verdeckten russischen Finanzierung europäischer Parteien in den vergangenen Jahrzehnten aufzunehmen.



Diese Enthüllung – ein klassischer Fall eines «absichtlichen Durchsickerns» – ist eine Warnung an die Adresse ungehobelter, aber populärer politischer Organisationen in ganz Europa, denen geraten wird, ihre Bemühungen, die Rolle und das Gewicht ihrer jeweiligen Nationalstaaten innerhalb der Europäischen Union zu stärken oder zumindest wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, deutlich zurückzufahren. Die ungarische Partei Jobbik, drittstärkste Partei im ungarischen Parlament, die griechische Partei Chrysi Avgi («Goldene Morgendämmerung»), die italienische Lega Nord und Frankreichs Front National werden ausdrücklich namentlich in der amerikanischen «Warnung» aufgelistet, während andere nichtgenannte «Parteien» in Österreich, der Tschechischen

Republik und den Niederlanden darüber informiert werden, sie würden seitens der USA einer «Sicherheitsüberprüfung» unterzogen.

Selbst der neugewählte Vorsitzende der britischen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, steht im Verdacht, heimlich mit den Russen anzubandeln. Schliesslich sei jeder europäische Politiker, so «hochrangige britische Regierungsvertreter» gegenüber dem Telegraph, der die Osterweiterung der NATO, die gegen Russland gerichtete Sanktions-

politik oder die gegenwärtige europäische Haltung im Ukraine-Konflikt infrage stelle, im Kern ein bewusstes oder unbewusstes Instrument «russischer hybrider Kriegsführung».

Die ganze Angelegenheit könnte man als Witz abtun, wenn sie nicht zu gefährlich wäre. Jeder unvoreingenommene Beobachter würde einige einfache Fragen stellen: Was gehen die amerikanischen Geheimdienste eigentlich die Probleme der europäischen inneren Sicherheit an? Sind es nicht die gleichen Dienste, die zahllose politische Organisationen, einzelne Personen und Medien auf dem europäischen Kontinent finanzieren, rekrutieren und kontrollieren? Warum stellen sie so unverschämt ihren Herrschaftsanspruch über Europa zur Schau?

Ein politisch korrekter Befürworter würde argumentieren, die USA hätten Europa nach Ende des Zweiten Weltkriegs vor der «kommunistischen Bedrohung» gerettet, für einen raschen Wiederaufbau der Wirtschaft in Europa gesorgt und trügen bis heute mit ihrem über Europa aufgespannten «Atomschirm» massgeblich zur Sicherheit des Kontinents bei.

Aber der Blick in die Geschichte sollte nicht erst mit dem Marshall-Plan beginnen, der im April 1948 anlief. Nach der Kapitulation der Nazis im Mai 1945, so könnte ein wenig oder falsch informierter Leser vermuten, hätten die USA vielleicht drei Jahre lang an Planungen für ein umfassendes Investitionsprogramm für Europa gearbeitet – aber damit läge er falsch.



Auf der Zweiten Québec-Konferenz vom 14. bis 16. September 1944 legten der amerikanische Präsident Roosevelt und sein Finanzminister Henry Morgenthau dem britischen Premierminister Winston Churchill ihr Programm für Deutschland nach erfolgter Kapitulation vor [2].

Dieses damals streng geheime Dokument sah die Teilung und völlige De-Industrialisierung Deutschlands vor. Das Land sollte in zwei unabhängige Staaten aufgeteilt werden. Die Bergbau- und Industriezentren, einschliesslich des Saarlandes und des Ruhrgebietes sowie Oberschlesiens, sollten aus Deutschland herausgelöst und internationalisiert oder von Frankreich bzw. Polen annektiert werden. Im Folgenden einige Auszüge aus dem Dokument:

- Nach ihrem Einmarsch in die [deutschen] Industrieregionen sollen die amerikanischen Streitkräfte alle Fabriken und alle Betriebsanlagen, die nicht umgehend abgebaut werden können, zerstören.
- Spätestens sechs Monate nach der Einstellung der Kampfhandlungen sollen alle Industriefabriken und ihre Anlagen, die nicht durch Kriegshandlungen zerstört wurden, entweder völlig abgebaut und aus der Region entfernt oder völlig zerstört werden.
- Allen Einwohnern der betreffenden Region muss klargemacht werden, es werde nicht zugelassen, dass sich dieses Gebiet jemals wieder zu einer Industrieregion entwickelt. Alle Personen und ihre Familien, die über entsprechende Fähigkeiten oder eine entsprechende besondere Ausbildung verfügen, sollen ermutigt werden, aus der Region wegzuziehen und sich so weit wie möglich entfernt wieder anzusiedeln.
- Alle deutschen Radiosender und Zeitungen, Magazine, Wochenzeitungen usw. sollen ihr Erscheinen so lange einstellen, bis angemessene Kontrollen eingerichtet wurden und ein geeignetes Programm erarbeitet wurde.

So sah also das ursprüngliche «Wiederaufbau»-Programm für Deutschland aus, das später als «Morgenthau-Plan» traurige Berühmtheit erlangte. Die berühmte Direktive des Vereinigten Generalstabes 1067 (JCS 1067), die sich an den Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungsarmee in Deutschland richtete und die im April 1946 offiziell erteilt wurde, befand sich völlig im Einklang mit dem obengenannten Dokument aus Québec [3].



Der Morgenthau-Plan erwies sich jedoch rasch als strategischer Fehler. Die USA unterschätzten den ideologischen und kulturellen Einfluss, den die Sowjets auf die europäischen Gesellschaften erreichten. Auf ihr eigenes Urteil angewiesen, schätzten die amerikanischen Strategen die Anziehungskraft falsch ein, die ein sozialistisches System auf die Mehrheit der Bevölkerungen der befreiten Länder ausübte.



Partition of Germany according to Morgenthau Plan, 1944

Ein breites Spektrum prosozialistischer und prokommunistischer Kräfte begann demokratische Wahlen und politischen Einfluss nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Griechenland, Italien, Frankreich und anderen europäischen Ländern zu gewinnen (hierbei wären bspw. Persönlichkeiten wie Palmiro Togliatti und Maurice Thorez zu nennen).

Washington erkannte nun, dass die von ihm erzwungene De-Industrialisierung Europas zu einer Re-Industrialisierung nach sowjetischem Muster und einer möglichen russischen Dominanz auf dem europäischen Kontinent führen könnte. Daher vollzogen die USA eine rasche Kehrtwende und ersetzten den Morgenthau-Plan durch den Marshall-Plan, der nach Aussenminister George Marshall benannt war.

Im Verlauf der nächsten vier Jahre (1948–1952) stellten die USA Europa zwölf Milliarden Dollar in Form von Krediten, anderen Zahlungen, Leasingmöglichkeiten usw. zur Verfügung. Mit diesen Geldern konnten amerikanische Maschinen und andere Investitionsgüter gekauft werden. Obwohl dieses Programm zweifelsohne den europäischen Volkswirtschaften einen Aufschwung bescherte, war der grösste Nutzniesser die amerikanische Wirtschaft selbst. Gleichzeitig setzte in ganz Europa und insbesondere in Deutschland eine Welle der politischen Unterdrückung ein.

Weitgehend in Vergessenheit geraten ist in diesem Zusammenhang eine sowjetische Initiative aus dem Jahr 1950, die einen Rückzug der Sowjets aus der DDR und die Wiedervereinigung eines neutralen, blockfreien und entmilitarisierten Deutschlands innerhalb eines Jahres nach Abschluss eines Friedensvertrages vorsah. Eine entsprechende Resolution war am 21. Oktober 1950 auf dem Aussenminister-Treffen des Sowjetblocks in Prag verabschiedet worden. Sie schlug unter anderem die Einrichtung eines gesamtdeutschen Verfassungsrates vor, an dem Ost- und Westdeutschland gleichermaßen beteiligt sein sollten und der die Bildung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen und friedliebenden Übergangsregierung vorbereiten sollte. Wie nicht anders zu erwarten, lehnten die amerikanische Regierung und die westdeutsche Regierung in Bonn die Initiative vehement ab [4].

Während eine Volksbefragung zu den Themen «Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und unterstützen Sie den Abschluss eines Friedensvertrages 1951?» eigentlich in Ost- und Westdeutschland stattfinden sollte, fand sie offiziell nur in Ostdeutschland statt, wobei 96 Prozent mit «Ja» stimmten.

Die Regierungen und Behörden im amerikanisch kontrollierten Teil Deutschlands verweigerten ein entsprechendes demokratisches Vorgehen. Sie erkannten die vorläufigen Ergebnisse der Volksbefragung nicht an, die u.a. von einem «Hauptausschuss zur Volksbefragung» ab Februar 1951 organisiert worden war. Insgesamt nahmen bis Juni 1951 6,2 Millionen Bundesbürger an dem Referendum teil. Von ihnen stimmten 94,4 Prozent mit «Ja» [5].

Die westdeutsche Regierung reagierte mit drakonischen Massnahmen und erliess am 11. Juli 1951 ein «Blitzgesetz», das die Volksbefragung verbot. Jeder, der verbotenes Schriftgut importierte, die Regierung kritisierte oder verbotene Kontakte zu Vertretern der DDR unterhielt, sollte wegen «Hochverrats» angeklagt werden. Hochverrat konnte mit einer Gefängnisstrafe von 5 bis 15 Jahren geahndet werden.

Zwischen 1951 und 1968 wurde in 200 000 Fällen auf der Grundlage dieses Gesetzes Anklage gegen 500 000 Mitglieder der damaligen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) oder anderer linksgerichteter Gruppen erhoben. Zehntausende wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, und die meisten von denen, die «freigesprochen» wurden, nahmen ihre politischen Aktivitäten danach nicht mehr auf.

Weitere gesetzliche Bestimmungen schränkten 1953 das Versammlungs- und Demonstrationsrecht ein, und 1956 wurde die KPD verboten.

Weitere Informationen liefert der Dokumentarfilm «Verboten – Verfolgt – Vergessen – Kalter Krieg in Deutschland» von Daniel Burkholz, der interessanterweise auf YouTube nicht verfügbar ist.

Die politische Unterdrückung in Deutschland, die sich von den 1950er-Jahren bis in die 1980er-Jahre hinein



erstreckte, sowie andere vergleichbare Ereignisse in anderen europäischen Ländern im gleichen Zeitraum, sind bis heute ein Tabuthema. Operation Gladio in Italien, die Verbrechen der Militärjunta in Griechenland sowie die teilweise bis heute unaufgeklärten Ermordungen europäischer Politiker, die sich offen für einen realistischen historischen Kompromiss mit dem Sowjetblock einsetzten – wie etwa des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro (1978) und des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme (1986) – alle diese Ereignisse erhielten weitaus grössere Medienaufmerksamkeit. Der frühere Journalist der renommierten «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ), Udo Ulfkotte, enthüllte in

seinem Bestseller ›Gekaufte Journalisten‹ die Mechanismen der Medienkontrolle in Deutschland. Aber das ist nur die Spitze des Eisberges.

Das praktisch völlige Ausbleiben einer Reaktion Berlins auf die Enthüllungen Edward Snowdens zur umfassenden elektronischen Ausspähung führender deutscher Politiker und Eliten durch die amerikanische NSA bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland den Verlust seiner Souveränität hingenommen und nun nichts mehr zu verlieren hat.

Wenn man vor dem Hintergrund all dieser Fakten den eingangs erwähnten Artikel im Telegraph noch einmal, aber dann mit anderen Augen, liest, kann man dann immer noch der Überzeugung sein, dass die USA tatsächlich der Garant der europäischen Souveränität sind? Ist es nicht eher so, dass Washington unter dem Vorwand einer vermeintlichen ›russischen Bedrohung‹ das politische Establishment und die Zivilgesellschaft in Europa kontrollieren und einschüchtern will, um ein einfaches und primitives Ziel zu erreichen: Die Schafherde soll in der Koppel bleiben?

Quelle: *Oriental Review* (Russland)

[1] ›Russia accused of clandestine funding of European parties as US conducts major review of Vladimir Putin's strategy. Exclusive: UK warns of ›new Cold War‹ as Kremlin seeks to divide and rule in Europe‹, Peter Foster & Matthew Holehouse, *The Telegraph*, January 16, 2016.

[2] ›Suggested Post-Surrender Program for Germany‹, F. D. Roosevelt, September 1944.

[3] ›Directive to the Commander in Chief of the U.S. Occupation Forces (JCS 1067)‹ (April 1945)

[4] ›Notes for Eastern Element's Briefing of General Mathewson‹, February 15, 1951. Published in *Foreign Relations of the United States 1951, Volume III, Part 2, European Security and the German Question* (Document 341).

[5] ›Flusslandschaft 1951. Frieden‹, Protest in München.

Quelle: <http://krisenfrei.de/70-jahre-fremdherrschaft/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: ›Billy‹ Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, ›Freie Interessengemeinschaft‹, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz